

stachlige ARGUMENTE

Zeitschrift des Landesverbandes Berlin / Nr. 182 / JUNI 2011



EINE GRÜNE STADT FÜR ALLE



UNSERE SCHLÜSSELPROJEKTE

PARTEILEBEN

SECHS BÜRGERMEISTERINNEN

MENSCHEN UND ZEITEN

STRICKEN MIT MICHAEL

DEBATTE

ATOMAUSSTIEG 2017

TITELTHEMA

- 4 Eine Partei für Alle**
von Bettina Jarasch und Daniel Wesener
- 6 "Doppelspitzen werden unterschätzt"**
Ein Gespräch mit den Landesvorsitzenden von Oliver Münchhoff
- 10 Ein Klima-Stadtwerk für Berlin**
von Michael Schäfer
- 12 Öffentlich geförderte Beschäftigung muss nachhaltig sein**
von Ramona Pop und Sabine Bangert
- 14 Das grüne Programm - ein soziales Programm**
von Oliver Münchhoff und Stefan Senkel
- 16 Schuldistanz in Friedrichshain-Kreuzberg**
von Monika Herrmann
- 18 Familienzentren in jeden Bezirk**
von Elfi Jantzen
- 19 E-Government für Berlin**
von Thomas Birk
- 20 „Es wird kein Berliner Moorburg geben“**
Ein Gespräch mit Claudia Hämmerling von Ronald Wenke
- 23 Baden in der Spree**
von Felicitas Kubala
- 24 Wie bekommen die Berliner und Berlinerinnen ihr Wasser zurück?**
von Heidi Kosche



PARTEILEBEN

- 26 Integrative Stadt Inklusiv Stadt Queere Stadt WeltStadt**
- 28 Unterwegs für eine Stadt**
von Sebastian Wanner
- 31 Grüne Stadt - Grüne Bezirke**
Bürgermeisterkandidatinnen
- 34 Unsere Landesliste - unsere ersten zwanzig**



DEBATTE

- 36 25 Jahre Tschernobyl**
von Renate Künast
- 38 Der Atomausstieg ist machbar!**
von Bärbel Höhn
- 41 Brandenburg: Rot-Rot macht Werbefeldzug für klimaschädlichsten Brennstoff**
Gespräch mit Annalena Baerbock von Oliver Münchhoff
- 42 Woher kommen die grünen Wähler?**
von Christine Dörner



MENSCHEN UND ZEITEN

- 44 Hilfe für die Demokratiebewegung in Libyen - aber nicht mit Krieg**
von Hans-Christian Ströbele
- 44 Strickmuster**
von Tine Hauser-Jabs und Michael Cramer
- 46 „Völker der Welt, schaut nicht auf diese Stadt!“**
von Florian Schärdel
- 48 Ein Modellspender**
von Pola Böhm und Barbara Fischer
- 49 Fludern der Großstadt**
von Tilo Fuchs
- 50 Nachruf für Anne Klein**
von Renate Künast
- 51 Termine/Impressum**

angestachelt !

betr.: Atomkraft

Wie gelähmt konnten wir in den letzten zwei Monaten in Zeitlupe medial verfolgen, wie eine Region und ein ganzes Land in den Folgen eines Super – GAUs versinkt. Obwohl, lange blieb es nicht auf Seite 1 des medialen Interesses: Vielmehr rückte in den Mittelpunkt, ob dass auch bei uns passieren könne. Was für eine Fragestellung. Die jahrzehntelangen Proteste von vielen Aktiven und uns Bündnisgrünen zeigen jetzt aber endlich kleine Erfolge bei den Dagegen-Parteien: Eine schwarzgelbe Regierung, die vor sechs Monaten noch gemeinsam mit Großkonzernen die Atomstromelectric für die Anteilseigner in eine Verlängerung gehen lassen wollte, konsequent die Risiken ausblendete und als Brückentechnologie verniedlichte, hat aus dem erheblichen Risiko, nicht mehr gewählt zu werden, eine Kehrtwende vollzogen, wie man sie keinem Wendehals nach dem Mauerfall zutrauen würde: Von „gesellschaftlicher Pionierleistung“ schwadroniert nun mit stolzgeschwellter Brust ein Umweltminister Röttgen.

Wie glaubwürdig kann eine Partei eigentlich sein, die vor ihrer eigenen Meinung flieht und dafür eine Ehtikkommission braucht?
Renate Künast skizziert uns Berlin im Mai 1986 nach der Tschernobylkatastrophe und Bärbel Höhn stellt uns kurz das grüne Ausstiegskonzept für 2017 vor. Weiteres wird kommen – auf der BDK am 25. Juni in Berlin.

betr.: Eine Stadt für alle – unser Wahlprogramm

Unser Titel ist diesmal unser Programm: Wir wollen anhand von Schlüsselprojekten unseres Programms Euch darstellen, wie grüne Projekte in der Stadt angegangen werden können. Aber, wie mensch das auch mal tun sollte: Gemach - wir konnten natürlich nicht alle Themen abbilden, aber wir hoffen eine gute Auswahl getroffen zu haben. Es zu lesen lohnt sich natürlich absolut, wie unsere Kollegen von der Berliner Zeitung in ihrer Rezension vom 19. Mai bestätigen: „237 Seiten, auf DIN A5, flüssig durchgeschrieben und zu einem Buch gebunden. Es wendet sich an den bildungsbürgerlichen Feuilleton-Leser. Vor jedem Kapitel stehen Zitate von Pablo Picasso, Robert Musil der John F. Kennedy. Wir empfehlen dazu einen Riesling.“ Aber werde Kollegen: Überschriften lesen reicht nicht, außer vielleicht beim Riesling.

Inhalte zählen und die Umsetzung zählt und die heißt: Eine Stadt für alle.

für die Redaktion,
Oliver Münchhoff

© Oliver Münchhoff (2), Andreas Schoeziel - Titel © Jelena Zaric - fotolia

EINE PARTEI FÜR ALLE



© Oliver Münchhoff

LIEBE BERLINER BÜNDNISGRÜNE,

seit unserer Wahl zu Euren Landesvorsitzenden Anfang März ist viel passiert. Wir haben unser Wahlprogramm „Eine Stadt für alle“ verabschiedet – als erste der Berliner Parteien. Bei einer beeindruckenden Mitgliederversammlung im Tempodrom mit mehr als 800 Wahlberechtigten und der Landesdelegiertenkonferenz eine Woche später haben wir eine Landesliste für die Abgeordnetenhauswahl aufgestellt. Wir finden: Beides kann sich sehen lassen. Denn unser Programm und unser Personal bilden nicht nur die Partei in ihrer ganzen Breite, sondern auch die Vielfalt der Stadt und ihrer Menschen ab.

Jetzt heißt es aber als nächstes: Wahlkampf, Wahlkampf, Wahlkampf! Aus unserer Landesgeschäftsstelle ist Anfang Mai die „Grüne Botschaft“, unsere Wahlkampfzentrale, geworden. Bei unseren vielen Terminen in allen Teilen der Stadt wird immer deutlicher, welche hohen Erwartungen sich seitens der Berlinerinnen und Berlin an Grün richten. Die Devise lautet: Zuhören, hinschauen, Lösungen aufzeigen – und dabei unsere Vision einer Stadt für alle fest im Blick haben. Wir müssen noch sensibler für die Anliegen und alltäglichen Probleme der Stadtgesellschaft werden. Berlin hat mehr verdient als rot-rote Politikmüdigkeit.

Trotzdem ist uns wichtig, auch vor dem 18. September über den Wahltag hinaus zu blicken. In den verbleibenden Monaten wollen wir unseren Landesverband mit seinen Aktiven, Gliederungen und Gremien intensiv auf die Zeit danach und eine mögliche Regierungsbeteiligung vorbereiten. Wir wollen frühzeitig über die anstehenden Herausforderungen, über Rollen- und Aufgabenverteilung sprechen. Denn eins ist klar: Auch wenn im Roten Rathaus Grün regiert wird, bildet die Partei das Rückgrat unserer Politik – als Schnittstelle zu den Mitgliedern und Berlins Stadtgesellschaft. Aus der Mitte der Partei müssen auch die Impulse für die programmatische Weiterentwicklung kommen – gerade in Regierungszeiten.

Wir stehen für eine neue politische Kultur in Berlin und wollen mit der Stadt regieren: Dabei geht es um Respekt und Partizipation, die Begegnung auf Augenhöhe, um transparente Verfahren und nachvollziehbare Entscheidungen als Grundlage für tragfähige Lösungen und Kompromisse.

Das gilt auch innerhalb unseres Landesverbandes. Flügel schlagen kann für Auftrieb sorgen, wenn die Flügel sich nicht ineinander verhaken. Aus Reibung kann Energie entstehen und Konkurrenz ist produktiv, wenn es sich um einen Wettstreit der besten Ideen und Konzepte handelt. Gegenseitige Wertschätzung ist dabei ebenso essentiell, wie Konflikte fair auszutragen. Denn wer politisch etwas verändern und Verantwortung für die ganze Stadt übernehmen will, wird für die gemeinsamen Ziele auch gemeinsam kämpfen müssen.

Immer mehr Berlinerinnen und Berliner wollen sich mit uns zusammen und als Grüne für die Stadt engagieren. Viele Bezirksgruppen wachsen rasant, und auch die Landesarbeitsgemeinschaften haben großen Zulauf. Wir müssen unsere Strukturen so ausrichten, dass wir den Anliegen aller Mitglieder gerecht werden und ihre Kompetenzen nutzen können. Wir brauchen neue Formen der internen Kommunikation und eine engere Kooperation zwischen Landes- und Bezirksebene. Und wir werden miteinander diskutieren müssen, welche Erwartungen sich an die Landesgeschäftsstelle richten und was das für ihre zukünftige Ausstattung bedeutet.

Wir haben uns ganz besonders darüber gefreut, dass wir schon nach wenigen Wochen im Amt das 5000. bündnisgrüne Mitglied begrüßen konnten. Wir sehen uns in der Verantwortung für alle Mitglieder und wissen gleichzeitig, dass es nicht einfacher wird, allen gerecht zu werden. Daher ist uns ein Punkt besonders wichtig: Wir sind offen und dankbar für Eure Anregungen und Kritik. Kommt auf uns zu, egal ob es um neue Themen und programmatische Anstöße oder um organisatorische Belange geht. Denn gemeinsam sind wir stärker.

Eure Bettina und Euer Daniel

„DOPPELSPITZEN WERDEN UNTERSCHÄTZT“

Ein Gespräch mit den Landesvorsitzenden Bettina Jarasch und Daniel Wesener

Seit Anfang März haben wir einen neuen Landesvorstand: Mit Bettina Jarasch und Daniel Wesener ziehen wir in den aufregendsten Wahlkampf, den Berlin je hatte. Stachlige Argumente-Redakteur Oliver Münchhoff traf beide in unserer Wahlkampfzentrale und sprach mit ihnen über grüne Grundwerte, die Rolle der Partei und Koalitionsverhandlungen.

Manchmal hab ich so die Vorstellung - und ich darf klischeehaft sein: Lohas wohnen zur Untermiete in einem feministisch-alternativen Anti-Rassismus Wohn- und Arbeitsprojekt auf Genossenschaftsbasis ohne Chefs, zusammen beflaggt man noch einmütig das Haus mit Anti-Atom-Bannern und kümmert sich liebevoll um die Baumscheibe neben der E-mobil Parkbucht direkt vor dem Fair-Trade Laden. Alles tutti. Und im Souterrain gibt's das Plenum "Unsere Werte" und mensch merkt plötzlich: Holla, wir müssen ganz schön viele und viel unter einen Hut bringen.

Besteht nicht die Gefahr, dass alles nur noch unverbindlich im Raum schwebt, um einen Rahmen für Werte zu erzeugen, der zudem noch genuin grün sein soll?

Bettina: Es gibt tatsächlich nicht „den grünen Wert“. Unsere Entstehungsgeschichte aus verschiedenen sozialen Bewegungen - Frieden, Frauen, Anti-Atom, Ökologie, Bürgerrechtsfragen – bringt es mit sich, dass uns unterschiedliche Grundwerte tragen: Bei einigen sind die Fragen individueller Rechte stärker ausgeprägt. Andere haben eher einen universellen Blick und stellen Gerechtigkeit und Solidarität in den Vordergrund. Dabei gibt es natürlich manchmal auch Konflikte: Wenn ein sehr universalistischer Ansatz aus der Ökologie-Bewegung auf einen individuellen Ansatz für ein größtmögliches Selbstbestimmungsrecht trifft, welches wir gerade als bürgerrechtlich-emanzipatorische Partei sehr hoch halten.

Daniel: Entscheidend ist doch, inwieweit es gelingt, auf der Basis verschiedener Werte glaubwürdig Politik zu machen. Das heißt: Werte in politisches Handeln zu überführen. Unsere Glaubwürdigkeit rührt vor allem daher, dass wir Kontroversen um Gerechtigkeit und Selbstbestimmung auch austragen, wenn es nötig ist.

Bettina: Dafür brauchen wir eine gute Streitkultur und ein Gesellschaftsbild, das es uns ermöglicht, die beiden Pole zusammenzubringen. Wir denken den Menschen einerseits emanzipatorisch und selbstbestimmt gegenüber Gesellschaft und Staat. Andererseits sehen wir den Menschen eingebettet in die Natur und in seine soziale Umwelt. Deshalb kann das Pochen auf Autonomie bei uns nicht zur Ellenbogenmentalität werden. Ein tatsächlich typisch grüner Grundwert ist die Nachhaltigkeit. Sie bietet einen Orientierungsrahmen für nahezu alle Politikfelder: nicht nur in der Ökologie, sondern beispielsweise auch in unserer Haushaltspolitik. Eine nachhaltige Haushaltspolitik lässt sich weder von Interessengruppen noch allein von aktuellen Debatten leiten. Orientierung an der Nachhaltigkeit kann auch dabei helfen, Gerechtigkeit und Selbstbestimmung auszutarieren.

Daniel: Mir fallen in diesem Zusammenhang immer zwei Negativbeispiele ein: Die FDP, die individuelle Freiheit bis zum Marktradikalismus verabsolutiert. Und die Linkspartei, deren Idee von Gleichheit auch etwas Bevormundendes hat. Das sind nicht unsere Vorstellungen von Gerechtigkeit und Selbstbestimmung, sondern grüne Politik besteht darin, beides immer wieder neu abzugleichen.

Mit der Selbstbestimmung ist das ja so eine Sache: Es gibt Gruppen, die sehr engagiert und politisch aktiv sind, meist gut vernetzt und gut gebildet, und andere, die fühlen sich eigentlich nur durch Verwaltungen gegängelt und wollen am liebsten in Ruhe gelassen werden.

Daniel: Es gibt vor allem viele Menschen, die sich engagieren, gerade weil sie sich gegängelt und nicht erst genommen fühlen. Wir Grüne finden es gut, wenn Leute sagen: Wir wollen mitgestalten. Aber eins ist natürlich richtig: Das sind häufig Leute mit bestimmten materiellen und Bildungsvoraussetzungen - ein klassisches Problem von Beteiligung. Wir wollen bei Beteiligungsverfahren deshalb auch dezidiert an Gruppen herantreten, die normalerweise nicht als erstes auf der Matte stehen.

Mal in eine andere Richtung gedacht: Parteien haben eine Programmatik, die parlamentarisch umgesetzt werden soll. Bewegungen müssen eher den Impetus sehr klarer

Ansagen haben: Da ist etwas schlecht oder gut, richtig oder falsch und muss am besten sofort umgesetzt werden - das kann auch in schwieriges Fahrwasser führen. Die Konflikte um K 21 oder Mediaspree zeigen das. Bewegungen können einfach forcierter Forderungen stellen als etwa eine regierende Partei.

Bettina: An diesen Erwartungsdruck werden wir uns gewöhnen müssen. Gerade, weil wir selbst aus Bewegungen kommen, ist dieser Erwartungsdruck hoch und die Gefahr zu enttäuschen immer da. Ein verständlicher, aber gefährlicher Reflex ist es, sich als Regierungspartei gegen vermeintlich anstrengende Bürgerinitiativen abzukapseln. Das habe ich im Bundestag erlebt. Aber wir wollen Bürgerbeteiligung – auch wenn wir dabei im Fokus der Kritik stehen. Beteiligung ist für uns wesentlich - nicht nur aus demokratietheoretischer Sicht. Wir müssen allerdings von vorn herein transparent machen, wer die Verantwortung für das Ganze hat und wie die Entscheidungen am Ende fallen werden.

Daniel: Als Partei haben wir sicherlich eine andere Rolle als Bürgerinitiativen oder eine soziale Bewegung. Es wäre deshalb unehrlich, wenn ich als Grüner so tun würde, als gäbe es hier keine Unterschiede. Entscheidend ist für uns der Umgang mit Protest und welche politische Kultur wir dabei pflegen wollen. Wir versprechen den Initiativen nicht, ihre Forderungen eins zu eins zu übernehmen, sagen aber: Wir sind für eure Anliegen und Ideen offen und wir stellen uns bei Konflikten auch der Debatte.

Da stellt sich mir die Frage nach Minderheiteninteressen, die man als Regierungspartei nicht mehr so umzusetzen vermag, weil man das Große und Ganze im Auge behalten muss.

Daniel: Auch der Schutz von Minderheiten ist eine Frage des Gemeinwohls. Das heißt für uns im Zweifelsfall, für diese Minderheiten Partei zu ergreifen.

Bettina: Zumal klar ist, dass jeder Mensch, der einer vermeintlich privilegierten Gruppe angehört, auch in eine Situation kommen kann, in der er oder sie plötzlich zur Minderheit gehört. Es geht um das Fundament, auf dem letztlich

alle stehen, so dass alle sicher sein können, dass sie Solidarität bekommen werden, wenn sie sie denn einmal brauchen. Gerechtigkeit ist eben keine Frage von Gruppenstärke.

Wenn Erwartungen nicht erfüllt werden, kann das zu Glaubwürdigkeitsverlust und Parteiverdrossenheit führen. Unsere Partei gilt als besonders glaubwürdig. Müsste man besser formulieren: Die noch am wenigsten Unglaubwürdigste?

Daniel: Eine Partei sollte zur Selbstkritik fähig sein, aber auch selbstbewusst. Man wird über die Parteigrenzen hinweg immer wieder über das Agieren der Parteien und ihre Rolle nachdenken müssen. Spendenaffären, der Bruch zentraler Wahlversprechen – das schadet der Demokratie, da gibt es nichts zu beschönigen. Aber wenn die Parteien kritisiert werden, ist auch Selbstbewusstsein angebracht. Der übergroße Anteil von Menschen, die sich in Parteien engagieren, hat nichts mit dem vermeintlich bösen Berufspolitiker zu tun. Das sind gerade bei uns Grünen Leute, die sich ehrenamtlich, mit wahnsinnig viel Zeitaufwand und aus Überzeugung politisch engagieren.

Bettina: Ich glaube, dass auch der typische „Politsprech“, der nur noch aus Worthülsen besteht, die Glaubwürdigkeit von Politik untergräbt. Spitzenpolitikerinnen und -politiker werden dadurch weniger angreifbar, aber sagen eben oft nichts Substantielles mehr. Dennoch möchte ich für sie auch mal eine Lanze brechen. Sie sitzen im Ausschuss im Parlament und müssen gucken, was machbar ist, wenn man zu einem Gesetz kommen will. Und das bei einem Thema, das für sie womöglich ein Herzensanliegen ist und einmal der Grund war, überhaupt politisch aktiv zu werden. Es kommt dann gewöhnlich zu einem Kompromiss und dann stellt sich die Frage, wie man den nach außen vertritt. Profis erzählen einem dann, wie Mediendemokratie funktioniert und dass man alles als Erfolg verkaufen muss. Ergebnis ist häufig eine Sprache, die die Bevölkerung als leer und floskelhaft empfindet. Ich will das gar nicht entschuldigen, aber es ist schon eine Mühle, durch die man gemahlen wird. Es ist gar nicht so einfach, sich dabei eine gewisse Freiheit in der Sprache zu bewahren. Das merke ich auch jetzt als Landesvorsitzende, wo ich mehr in der Öffentlichkeit stehe.

Inwieweit? In dem Sinne: Mensch Politiker, sag mal klar an, was du willst, wo dein Zielkonflikt ist, weil du was nicht durchsetzen kannst...

Bettina: Zum Beispiel. Oder auch mal zuzugeben, dass dein politischer Gegner was Kluges gesagt hat.

Daniel: Ich denke, ein Glaubwürdigkeitsverlust tritt vor allem dann ein, wenn die Bevölkerung den Eindruck gewinnen muss, die Parteien stehen für nichts mehr, sind beliebig und in ihren Positionen austauschbar.

Die Demoskopie lässt derzeit den Schluss zu, dass wir in Berlin politisch führende Kraft werden können - eine thematische Verengung auf Wohlfühlthemen funktioniert da nicht.

Daniel: Fakt ist, dass es kein Thema gibt, bei dem wir sagen, das ist uns egal. Und von einer Partei, die in Umfragen Werte von bis zu 30 Prozent erhält, wird das auch zu recht erwartet. Früher wurden wir stärker als Nischenpartei wahrgenommen, obwohl wir schon immer für das große Ganze Politik gemacht haben.

Bettina: Deshalb bin ich auch dafür, den Begriff Volkspartei zu kapern und neu zu besetzen - gedacht als eine Partei, die nicht beliebig ist, sondern den Anspruch hat, das Gemeinwohl der gesamten Bevölkerung im Blick zu behalten. Den Anspruch erheben wir auch, indem wir sagen: Eine Stadt für alle!

Das erscheint mir nicht ganz einfach. Etwa Überschriften in unserem Programm wie "Schulden haben keine Zukunft – sozial-ökologisch investieren" erzeugen ein Spannungsfeld, das auch zu einer Beliebtheit führen kann.

Daniel: Es ist sehr grün, verschiedene Politikfelder konzeptionell miteinander zu verknüpfen. Wir haben früh damit begonnen, Dinge zusammen zu denken, etwa Ökologie und Wirtschaft. Wir sagen, das Eine geht nur mit dem Anderen, wenn wir ein wirklich nachhaltiges Wachstum wollen.

Nun, gerade in Berlin stellt sich insbesondere noch die soziale Frage, gerade den Grünen in Baden-Württemberg

wird vorgehalten: Euer Projekt geht nur im prosperierenden Ländle.

Bettina: Der Dreiklang Ökonomie, Ökologie und Soziales bedarf bestimmter Voraussetzungen und wird nicht problemlos aufgehen. Wir leben ja nicht in Wolkenkuckucksheim. Wenn wir Armut bekämpfen wollen, muss grüne Wirtschaft auf allen Ebenen Arbeitsplätze schaffen, nicht nur den Akademikerarbeitsplatz. Unser Projekt eines Klimastadtwerks ist ein Positivbeispiel, weil die energetische Sanierung nicht nur das Klima schützt, sondern vor allem Arbeitsplätze fürs Handwerk schafft. Aber: nur weil man Wirtschaft fördert, entstehen nicht automatisch die Arbeitsplätze, die wir brauchen.

Daniel: Unser Konzept des Green New Deal verbindet Umwelt-, Wirtschafts- und Finanzpolitik mit der sozialen Frage. Man kann nicht nur ökologische Politik für Reiche machen. Nehmen wir das Thema Gentrifizierung: Hier müssen wir soziale Mietpolitik, Klimaschutz und Wohnungswirtschaft zusammendenken. Nur so kann es uns gelingen, große Gebäudebestände energetisch zu sanieren, ohne dass es zu Verdrängung und einer sozialen Segregation der Stadt kommt.

Bettina: Auch in der Wirtschaftspolitik denken wir das Ganze: Nur den grünen Teppich auszurollen reicht nicht, auch wenn das ein schönes Bild in unserem Wahlprogramm ist. Wir wollen die wirtschaftliche Eigendynamik für bestimmte übergreifende Ziele nutzen. Etwa mit dem Top-Runner Modell, bei dem das jeweils ökologischste Produkt zum Standard erhoben wird. Dafür müssen wir allerdings der Eigendynamik des Wettbewerbs einen verbindlichen Rahmen vorgeben. Eine freiwillige Selbstverpflichtung der Industrie reicht nicht. Das zeigt die Erfahrung. Und zum Rahmen: Bei Ausschreibungen muss nicht unbedingt der billigste Anbieter gewinnen; ordentliche Löhne sind ein wichtiges Kriterium, und so kann man die öffentliche Auftragsvergabe zur Steuerung nutzen.

Zum Ganzen gehört aber auch die Haushaltspolitik: Ich finde es sehr gut, dass wir in unserem Wahlprogramm offen aussprechen, dass wir keine Geschenke zu verteilen haben und sogar deutlich machen, wo wir Einsparpotentiale sehen.

Nur so lässt sich angesichts der Haushaltslage in Berlin glaubwürdig gestalten. Wir verbinden Schuldenabbau mit sozialökologischen Investitionen.

Zum Regieren braucht es nun noch einen Koalitionspartner. Und eine gemeinsame Idee für Berlin. Das wird schwierig, mal ganz unabhängig von Farbspielen.

Daniel: Eine erfolgreiche Regierung braucht gemeinsame Projekte, von denen man sagen kann: Da wollen wir in den nächsten fünf Jahren hin, das sind unsere Ziele. Die haben wir als Grüne in unserem Wahlprogramm definiert und je mehr sich davon in einer Koalitionsvereinbarung wiederfinden, desto besser für uns.

Vereinbaren heißt vorher verhandeln. Bei der Trennung von Amt und Mandat wie wir Grüne sie haben, vielleicht nicht ganz einfach: Das ist die Partei, daneben steht die Fraktion, avisierte Senatsmitglieder und eine designierte Regierende Bürgermeisterin. Bleibt einer Partei da nur die Rolle eines Scharniers, um Ergebnisse an die Basis und in die Gesellschaft zu vermitteln?

Daniel: Es geht nicht nur darum, zwischen Basis, Fraktion und einer möglichen Regierung zu vermitteln. Als Grüne haben wir eine funktionale Arbeitsteilung: Der Landesvorstand ist von der Partei gewählt und vertritt deren Interessen. Senatsmitglieder, Fraktionärinnen und Fraktionäre können da wesentlich weniger frei aufspielen...

Bettina: ...oder positiv formuliert: Wir können Rückenwind erzeugen. Unterstützung der Regierungsarbeit durch die Partei kann eben auch mal heißen: Tut uns leid, wir wissen, der Koalitionspartner will dieses oder jenes, aber wir als Partei wollen mehr – da müsst ihr nachverhandeln. Durch uns sitzt die Partei auf jeden Fall immer mit am Tisch.

Daniel: Als Landesvorsitzende werden wir die Koalitionsverhandlungen führen und möchten dabei möglichst viel Fachkompetenz aus unserer Partei einbinden. Am Ende



müssen wir ein Ergebnis vorlegen, das für die Partei zustimmungsfähig ist. Ich bin übrigens sehr froh über die Trennung von Amt und Mandat. Sonst müsste ich mir wie der Partei- und Fraktionsvorsitzende der SPD an einem Tag den einen und am nächsten den anderen Hut aufsetzen. Wir können uns als Doppelspitze voll auf die Vertretung der Partei konzentrieren, auch wenn das bedeutet, mal ein bisschen mehr zu telefonieren...

Bettina: (lacht) ...genau, Doppelspitzen werden unterschätzt.

Bettina, Daniel, ich danke Euch für das Gespräch.

Das Gespräch führte Oliver Münchhoff



© danu - fotolia

EIN KLIMA-STADTWERK FÜR BERLIN

von Michael Schäfer

Die Stadtwerke München wollen bis 2025 so viel Ökostrom in eigenen Anlagen produzieren, dass damit rechnerisch der gesamte Strombedarf der Millionenstadt gedeckt werden kann. Während München, wo die Grünen seit 30 Jahren mitregieren, seine Stadtwerke zu 100 Prozent in eigenem Besitz behalten hat, wurden in Berlin GASAG und BEWAG von der großen Koalition vollständig privatisiert. Klaus Wowereit selbst hatte im Abgeordnetenhaus für den Totalverkauf der GASAG geworben.

Die Gründung eines Klima-Stadtwerks ist eines der grünen Schlüsselprojekte für die nächste Legislaturperiode. Es ist eines der grünen Instrumente, um den Verbrauch von Öl, Kohle und Atomstrom in Berlin zu verringern. Das Stadtwerk soll da anfangen, wo am meisten zu erreichen ist: in den rund 10 000 öffentlichen Gebäuden Berlins, die oft überdurchschnittlich viel Energie verschwenden. Sie sollen eine vernünftige Dämmung und moderne Heizungsanlagen erhalten. Das Stadtwerk soll auch Energie produzieren, mit Solaranlagen auf öffentlichen Dächern, Erdwärmeanlagen sowie durch hocheffiziente Blockheizkraftwerke in öffentlichen Kellern, die auch die Nachbarhäuser mit Wärme versorgen. Bei einer gering veranschlagten Eigenkapitalrendite können so erstmals auch Klimaschutzinvestitionen

angeschoben werden, die sich erst nach längerer Zeit refinanzieren. So können für den Klimaschutz Projekte anstoßen werden, die wirtschaftlich sind, die aber die Gewinnerwartungen privater Investoren nicht erfüllen können.

Um den Klimaschutz voranzubringen und einen wirksamen Beitrag zum Atomausstieg zu leisten, wollen wir in Berlin zwei Kraftwerke neuen Typs errichten: Das grüne Klimastadtwerk soll Anlagen der erneuerbaren Energien und Blockheizkraftwerke, die es in öffentlichen Gebäuden errichtet, durch Regelungstechnik so zu einem „intelligenten Kraftwerk“ koordinieren, dass sie Lastenunterschiede innerhalb des Systems ausgleichen können, Spitzenlasten reduzieren und zudem einen Beitrag zur flexiblen Aufnahme von Windstrom leisten. Außerdem errichten wir ein „Einsparkkraftwerk“, indem wir mit Energieeffizienz und Energieeinsparung die Leistung eines Kraftwerks ersetzen.

Das grüne Klimastadtwerk und die Versprechen der anderen

SPD und Linkspartei versprechen im Wahlkampf die Gründung von Stadtwerken. Wenn es ihnen ernst wäre, hätten sie in den letzten Jahren wie in Hamburg ein Stadtwerk gründen können. Stattdessen hat Rot-Rot aber für acht Milliarden Euro landeseigene Unternehmen verkauft. Anders als wir Grüne haben die Koalitionsparteien auch kein Finanzierungskonzept für ihr Stadtwerk. Wir wollen unser Klimastadtwerk mit einem Eigenkapital von 500 Millionen Euro ausstatten, indem ihm jährlich im Haushalt vorhandene Mittel der baulichen Unterhaltung zugeführt werden. Um auch darüber hinaus wirtschaftliche Investitionen in Anlagen der erneuerbaren Energien, Energieeffizienz und hocheffiziente Blockheizkraftwerke anzuschieben, wollen wir auch Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen ermöglichen, sich finanziell bei entsprechenden Projekten des Klimastadtwerks zu engagieren. So kann das Klimastadtwerk Energieversorgungsstrukturen in Bürgerhand aufbauen helfen.

Der Autor ist der stellv. Fraktionsvorsitzende und Sprecher für Energiepolitik im Abgeordnetenhaus

ÖFFENTLICH GEFÖRDERTE BESCHÄFTIGUNG MUSS NACHHALTIG SEIN

von Ramona Pop und Sabine Bangert



Fast alle sind sich einig, dass ein sozialer Arbeitsmarkt dringend notwendig ist. Der Ansatz muss sein, für Erwerbslose, die dauerhaft vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen sind, einen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz im Rahmen öffentlich geförderter Beschäftigung zu schaffen. Das rot-rote Vorzeigeprojekt eines öffentlichen Beschäftigungssektors (ÖBS) ist gescheitert, weil es durch Fallzahlen beeindrucken sollte, statt einen zwar eingeschränkten, aber dafür einen nachhaltigen ÖBS zu schaffen.

Berlin ist bundesweit trauriger Spitzenreiter in Sachen Langzeiterwerbslosigkeit. Rund 80 000 Menschen sind davon betroffen. Trotz gewaltiger Konjunkturprogramme bleiben langzeiterwerbslose Menschen vielfach ohne Perspektive. Oft ist eine Beendigung des Leistungsbezugs nicht dauerhaft. Etwa 40 Prozent der Personen sind spätestens nach einem Jahr erneut auf staatliche Unterstützung ange-

wiesen. Die Spaltung des Berliner Arbeitsmarkts verschärft sich, viele Menschen bleiben langfristig vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen.

Berlin hat den Aufschwung nicht genutzt und steht nach fast zehn Jahren rot-roter Koalitionschlecht da. Sowohl SPD als auch die Linke haben es versäumt, den Grundstein für eine zukunftsfähige Weiterentwicklung zu legen. Anstatt zielgerichtet Erwerbslose so zu qualifizieren, dass diese auch von dem milliardenschweren Konjunkturprogramm profitieren können, wurden erfolgreiche Programme wie "Zusatzjobs und Bildung" gekürzt, das Nachholen von Schulabschlüssen gekippt, aber auch der Etat, der für Ausbildung zur Verfügung steht, wurde im Haushalt 2010/2011 drastisch verringert. Eine aktive Arbeitsmarktpolitik, die konsequent auf Bildung und Qualifizierung setzt, suchen wir bei Rot-Rot vergebens.

Das Vorzeigeprojekt des rot-roten Senats – der öffentlich geförderte Beschäftigungssektor (ÖBS) – ist gescheitert. Dies war absehbar. Anstatt Modelle zu entwickeln, wie man dauerhaft einen ÖBS mit weniger Förderfällen, aber dafür nachhaltig absichern kann, flüchtete sich der Senat in eine bundesfinanzierte Förderung nach der anderen. Die Liste ist mittlerweile lang: Beschäftigungszuschuss nach § 16e SGB II, Konjunkturprogramm, Entgeltvariante, Kommunal-Kombi und nun die Bürgerarbeit. Dieses Vorgehen bringt das Problem mit sich, dass nun einmal der Hauptgeldgeber, also der Bund, auch die Regeln bzw. die Zielgruppen definiert, die gefördert werden sollen, und bestimmt, wie lange gefördert wird. Für die Betroffenen brachte dieser ständige Programmwechsel mehr Unsicherheit als dauerhafte Beschäftigung und Integrationserfolge blieben meist aus.

Öffentlich geförderte Beschäftigung nachhaltig umgestalten

Die Bundesregierung zieht sich immer mehr aus der Verantwortung für langzeiterwerbslose Menschen zurück. Wir wollen nicht, dass diese Frauen und Männer, die auch bei sich verbessernder Wirtschaftslage kaum Chancen auf einen Job auf dem ersten Arbeitsmarkt haben, abgehängt werden. Wir wissen: Die gesellschaftliche Integration langzeiterwerbsloser Menschen gelingt am besten durch Integration in Arbeit. Für Menschen, die nicht gleich in Arbeit vermittelt werden können, wollen wir deshalb zusammen mit den Jobcentern ein Landesbeschäftigungsprogramm ins Leben rufen, das befristete qualifizierende Beschäftigungen anbietet. Ein solches Programm garantiert allgemeinen gesellschaftlichen Nutzen und den Beschäftigten gleichzeitig gesellschaftliche Anerkennung.

Angesichts der hohen Zahl erwerbsloser Menschen in Berlin, viele davon mit Vermittlungshemmnissen und Unterstützungsbedarf, ist es richtig und wichtig, dass die Berliner Landespolitik zusätzlich zum Gesetzesauftrag ein eigenes Förderprogramm in verschiedenen Variationen nach Zielgruppen orientiert durchführt. Die Zahl dieser Menschen mit Unterstützungsbedarf stellt in Berlin eine ganz stabile Größe dar. Ihre Beschäftigungsmöglichkeiten sind fast unabhängig von der Wirtschaftsentwicklung, weil sie sich über die Förderinstrumente ihre individuellen Zugangschancen erst mal von Grund auf erarbeiten müssen. Für diese Menschen brauchen wir Beschäftigung, die wirtschaftliche und soziale Prinzipien miteinander verbindet.

Sinnvolle Arbeit mit Perspektive

Dass dieses Prinzip funktioniert, zeigt uns das Modell der Sozialfirmen in der Schweiz. Langzeiterwerbslose können in der Schweiz unbefristete Jobs in sogenannten Sozialfirmen bekommen und dort arbeiten, bis sie eine Stelle auf dem ersten Arbeitsmarkt gefunden haben oder bis sie in Rente gehen. Der Lohn wird von den zuständigen Sozialbehörden bezahlt. Die übrigen Betriebskosten und die Gehälter für alle anderen MitarbeiterInnen muss die Sozialfirma mit Aufträgen selbst erwirtschaften.

Immerhin schaffen bis zu 40 Prozent der Beschäftigten den Sprung in den ersten Arbeitsmarkt. Das ist ein großer Erfolg und ein wichtiges Ziel. Aber nicht das einzige. Bei den Sozialfirmen geht es auch um Menschenwürde. So haben auch Menschen, die angeblich zu alt oder krank oder zu schlecht qualifiziert sind für den ersten Arbeitsmarkt in den Sozialfirmen wieder eine langfristige Perspektive. Anders als bei uns, wo die Betroffenen nach kurzfristigen Maßnahmen wieder nach Hause geschickt und ihrem Schicksal überlassen werden, fördern die Schweizer Sozialbehörden ganz gezielt auch längerfristige Arbeitsverhältnisse in Sozialfirmen.

Für Berlin wollen Bündnis 90/Die Grünen einen auf Dauer angelegten gemeinwohlorientierten, gemeinnützigen Sektors schaffen, der Wirtschaftlichkeit und soziales Engagement miteinander verbindet. Auf Dauer angelegte soziale, nicht auf Gewinn ausgelegte Unternehmen beschäftigen und qualifizieren Erwerbslose und verbessern die städtische Infrastruktur. Ein immenser Handlungsbedarf besteht zum Beispiel bei der Pflege öffentlicher infrastruktureller Einrichtungen, für die keine kurzfristigen Sanierungen oder Instandsetzungen aus öffentlichen Mitteln vorgesehen sind. Zusammen mit den Bezirken kann hier ein nachhaltiges Beschäftigungsfeld aufgebaut werden. Wir gehen davon aus, dass in Berlin ein Volumen von 5 000 „sozialen“ Arbeitsplätzen innerhalb von zwei Jahren erreichbar ist. Erfolgreich werden wir damit sein, wenn es uns gelingt, eine politische und gesellschaftliche Akzeptanz für diese Unternehmen einer „neuen Gemeinwirtschaft in Berlin“ herzustellen.

Ramona ist MdB, stellvertretende Fraktionsvorsitzende und arbeitsmarktpolitische Sprecherin, Sabine ist Referentin für Arbeitsmarktpolitik der Abgeordnetenhausfraktion.

DAS GRÜNE PROGRAMM – EIN SOZIALES PROGRAMM

von Oliver Münchhoff und Stefan Senkel

Gerne halten uns gerade die SPD und die Linke vor, Grün sei unsozial. Allerdings zeigt die Verwaltungsrealität unter dem rot-roten Senat: Einkommensschwache Haushalte haben es schwer in unserer Stadt. Und es wird ihnen unnötig schwerer gemacht. Sei es, um am angestammten Wohnort zu verbleiben oder sei es, weil die Jobcenter nach wie vor als Strafbehörden empfunden werden. Die Verwaltungspraxis unter der rot-roten Regierung fördert geradezu die Gentrifizierung und verhindert energetische Sanierungen von Objekten, die sich auch einkommensschwache Haushalte leisten können. Dies zerstört nicht nur den Zusammenhalt in der Stadt, sondern wird auch teuer. Denn die Kosten für Energie werden in Zukunft steigen.

Nicht zuletzt das Bundesverfassungsgericht erklärte: Ein Mindestmaß an Teilhabe am soziokulturellen Geschehen ist ein Grundrecht, welches vom Staat, also auch vom Land Berlin, gewährleistet werden muss. Auch für den Wohnraum müssen angemessene Kosten übernommen werden.

Sozial sein heißt: Sozialräume erhalten

Die Mietkosten steigen. Das betrifft vor allem einkommensschwache Haushalte, die einen immer höheren Anteil ihres Budgets hierfür aufwenden müssen. Und was macht der Senat? Statt die Ausführungsvorschrift Wohnen (AV Wohnen), die die Unterstützungsleistungen für die Kosten der Unterkunft regelt, an die Mietsteigerungen anzupassen, ist sie seit 2005 im Wesentlichen nicht mehr geändert worden. Mit Folgen: Es werden weder sozialräumliche noch ökologische Kriterien berücksichtigt. Und das heißt für die Betroffenen, sie müssen entweder die Differenz vom Regelsatz selbst zahlen oder umziehen.

Dabei macht Bremen es vor: Dort werden die Regelungen flexibel gehandhabt. So können für Ortsteile mit insgesamt höherem Mietniveau auch höhere Kosten der Unterkunft veranschlagt werden. Das Gleiche gilt für energetisch sanierten Wohnraum. Hiervon könnte auch Berlin profitieren, wenn nicht starr an der Regelung 378 Euro für eine Person, 444 Euro für zwei Personen festgehalten werden würde. Gekoppelt mit den Mietsteigerungen, wie sie sich aus dem neuen Mietspiegel ergeben, stellt sich tatsächlich die Frage: Soll der Innenstadtbereich Hartz-IV-frei werden?



© filipfine - fotolia

Die notwendigen energetischen Sanierungen müssen erfolgen, um unsere Klimaschutzziele zu erreichen. Wir fordern deshalb auf Bundesebene ein Klimawohngeld für einkommensschwache Haushalte, welches die MieterInnen von Mehrkosten aufgrund von energetischer Sanierung entlasten soll. Außerdem fordern wir, dass die Umlagefähigkeit der Modernisierungskosten des Vermieters weiter begrenzt wird.

Die Steuerungseffekte sind erheblich, denn zum einen haben die Vermieter die Sicherheit, auch nach der Sanierung an einkommensschwache Haushalte vermieten zu können, und zum anderen können die Betroffenen sich auch nach energetisch saniertem Wohnraum umschauchen. Der Berliner Senat hat sich hier aus der politischen Gestaltung verabschiedet und er nimmt auch keine Rücksicht auf die Berliner Sozialgerichte, die regelmäßig darauf hinweisen, dass den Berliner Regelungen der AV Wohnen kein schlüssiges Konzept zugrunde liegt. Eine Neuregelung ist dringend erforderlich. Ein Großteil der ALG-II-Klagen könnte überflüssig gemacht werden, und so das Potential der Verwaltung für den Umgang auf Augenhöhe mit den Hilfesuchenden freigesetzt werden.

Sozial sein heißt: Unterstützung statt Sanktionierung

Unser Ziel ist es, dass alle in unserer Stadt ihre Fähigkeiten entfalten und ihren Lebensunterhalt auskömmlich selbst bestreiten können. Doch hierfür ist es dringend erforderlich, das Hilfesuchende gerade in den Jobcentern eine Unterstützung auf Augenhöhe erhalten. Neben passgenauen Angeboten und keiner „Hilfe von der Stange“ heißt das auch, dass Sozialbehörden nicht zu Strafbehörden werden dürfen, die die teils unklaren bundesgesetzlichen Vorgaben zu Lasten der Betroffenen auslegen.

Jede Sanktionierung kann ein Eingriff in die Menschenwürde bedeuten. Nicht allein das Hartz IV - Gesetz, sondern das Grundgesetz muss der grundlegende Maßstab der Entscheidungen sein, denn: Menschenwürde und das Sozialstaatsprinzip gehen vor. Wir wollen, dass die Ermessensspielräume bei den Jobcentern zugunsten der Betroffenen genutzt werden, dass Beratungshilfen umfassend sein müssen, sei es durch individuelle Beratung in den Jobcentern oder durch freie Träger, und dass die Jobcenter in die Lage versetzt werden, mit qualifiziertem Personal und klaren gesetzlichen Vorgaben Entscheidungen auf Augenhöhe zu treffen. Solange dies nicht der Fall ist, setzen wir uns auf Bundesebene für ein Sanktionsmoratorium ein.

Stefan Senkel ist als Sozialrechtler anwaltlich tätig

SCHULDISTANZ IN FRIEDRICHSHAIN-KREUZBERG HAUDRAUF – ABER ES GEHT AUCH ANDERS

von Monika Herrmann

Schuldistanz – neudeutsch für Schuleschwänzen – ist eine Realität, die leider inzwischen bereits in der Grundschule ihren Anfang findet.

Viele Schulämter in den Bezirken reagieren mit restriktiven Maßnahmen, wie Bußgeld für die Eltern und/oder polizeilicher Zuführung der SchülerInnen in die Schule.

Unsere Erfahrungen mit diesen Verfahren zeigen, dass diese nicht besonders von Erfolg gekrönt sind. Die „Rückfallquoten“ sind ausgesprochen hoch und SchülerInnen, die von der Polizei zur Schule gefahren wurden, steigen voller Stolz aus dem Auto und sind die HeldInnen des Tages.

Wir Grüne in Friedrichshain-Kreuzberg haben einen anderen Weg eingeschlagen, der uns bisher im Ergebnis zeigt, dass er der richtige ist.

Ausgehend davon, dass eine reine Symptombekämpfung nicht die Ursachen behebt, haben wir als einziger Bezirk in Berlin im Schulamt eine Sozialarbeiterin mit ganzer Stelle für die Aufgabe Schuldistanz eingestellt. In allen anderen Bezirken sind dafür lediglich VerwaltungsmitarbeiterInnen mit einigen Stundenanteilen beschäftigt.

Ziel ist es, dass sie sich intensiver mit den Ursachen der jeweiligen Schuldistanz befasst, anstatt zuerst den „Bestrafungskatalog“ aus der Schublade zu ziehen.

Jede Schulversäumnisanzeige hat eine unmittelbare Einladung der Eltern ins Schulamt zur Folge bzw. zieht einen Hausbesuch der Kollegin nach sich. Oftmals ist mehr als ein Gespräch bzw. Besuch erforderlich, um in Erfahrung zu bringen, warum ein/e SchülerIn nicht mehr zur Schule geht. Erst wenn wir wissen, was in der Familie tatsächlich los ist, kann die Kollegin vom Schulamt gemeinsam mit dem Jugendamt, der Schule und den Eltern Maßnahmen entwickeln, die wieder einen regelmäßigen Schulbesuch ermöglichen. Hier greift keine Kuschelpädagogik, sondern klare und verbindliche Absprachen, die von den Eltern und SchülerInnen einzuhalten sind. Erst, wenn wir feststellen müssen, dass keine Bereitschaft zur Zusammenarbeit besteht, reagieren auch wir mit der Erteilung eines Bußgelds.



Das war im letzten Schuljahr bei fast 120 Schulversäumnisanzeige nur drei Mal erforderlich.

Dies ist auch deshalb wichtig, weil nur in den wenigstens Fällen die Ursache darin zu finden ist, dass die Eltern sich nicht um den Schulbesuch ihres Kindes kümmern, sondern die Problemlagen komplex sind. Hier nur einige Beispiele:

W, 12 Jahre. Mutter macht gerade die vierte Chemotherapie. Sie möchte bei ihr sein, weil sie Angst hat, ihre Mutter könnte sterben, wenn sie nicht zu Hause ist.

M, 7 Jahre alt, ging jeden Morgen pünktlich aus dem Haus und versteckte sich dann den ganzen Tag im Keller. Er wurde von Mitschülern geärgert und fand keine Unterstützung bei seiner Lehrerin.

W, 6 Jahre, die Mutter nahm sie in den Ferien mit in ihr Heimatland. In dieser Zeit lief der Pass ab und es dauerte einige Zeit, bis sie einen Ersatzpass zum Ausreisen hatte.

W, 15 Jahre, fehlt jeden Monat zwei bis drei Tage. Hat stark ihre Regel. Zum Gynäkologen traute sie sich noch nicht.

M, 15 Jahre, die Eltern können kein Deutsch. Bei Briefen aus der Schule erklärt er ihnen, er habe eine Belobigung bekommen.

Natürlich sind auch Fälle dabei, die von einer kompletten Nullbockhaltung geprägt sind, besonders bei älteren SchülerInnen. Hier greifen dann Jugendhilfe-Projekte z.B. vom PFH, die speziell für jugendliche SchulschwänzerInnen entwickelt wurden, wie „Arbeit-und-Lernen“.

In der nächsten Legislaturperiode werden wir in Friedrichshain-Kreuzberg eine Beratungsstelle zum Thema Schuldistanz eröffnen, die besonders den Eltern und pädagogischen Fachkräften in den Schulen mit Rat und Tat zur Seite stehen wird.

Mein Fazit lautet also: Es ist möglich, qualifizierter und somit auch erfolgreicher mit dem Thema Schuldistanz umzugehen und ich empfehle jedem Bezirk in Berlin zumindest einmal über das Modell Friedrichshain-Kreuzberg nachzudenken und sich endlich vom Modell Buschkowsky (Law and Order und Haudrauf) zu verabschieden.

*Die Autorin ist
Stadträtin für Jugend, Familie und Schule
in Friedrichshain-Kreuzberg*

FAMILIENZENTREN IN JEDEN BEZIRK

von Elfi Jantzen

In allen Diskussionen um ungleiche Bildungschancen, Integration, Kinderschutz, Gewalt und Kriminalität wird deutlich, dass Prävention wie auch Intervention in und neben den Familien früh ansetzen muss. Bündnis 90/Die Grünen setzen sich deshalb seit Jahren dafür ein, Kindertagesstätten zu Familien- bzw. Eltern-Kind-Zentren zu entwickeln. Sie sind der ideale Ort, um Angebote für Mütter und Väter, von Geburtsvorbereitung bis Erziehungsberatung, von Kochkursen bis Schuldnerberatung und Integrationskursen, sowie Bildung und Erziehung enger miteinander zu verzahnen. Durch die Bündelung der vorhandenen Angebote im Stadtteil aus einer Hand können Eltern mit Bildungsbenachteiligungen und Migrationshintergrund besser erreicht werden.

Die SPD verspricht in ihrem Programmentwurf, spezielle Familienzentren an rund 200 Kitas einzurichten. Kitas zu Familienzentren auszubauen, haben SPD und Linkspartei schon im Koalitionsvertrag 2006 versprochen. Unser Antrag „Ohne Eltern geht es nicht - Kitas zu Kinder- und Familienzentren entwickeln“ wurde allerdings von der Koalition im Mai 2009 abgelehnt. Rot-Rot wollte lieber die weitere Beitragsfreiheit statt den Ausbau der Kitas als Familienzentren.

In Berlin hat sich in den letzten Jahren eine Reihe von Kindertagesstätten auf den Weg gemacht, familienorientierte Angebote in ihre Arbeit zu integrieren. Die Finanzierung läuft meist über Stiftungs- oder Projektmittel (EU, Soziale Stadt) und nicht unerheblichen Eigenleistungen der Träger. Einige Bezirke wie Friedrichshain-Kreuzberg haben Mittel zur Familienförderung in den Ausbau von Familienzentren investiert. Die Finanzierung ist jedoch langfristig nicht gesichert.

Bündnis 90/Die Grünen wollen in jedem Bezirk unter Nutzung der vorhandenen Angebots- und Versorgungsstrukturen in Berlin ein flächendeckendes Netz von Familienzentren bzw. Eltern-Kind-Zentren entwickeln und die notwendigen Ressourcen sichern. Dabei wollen wir die Vielfalt der Angebote, von eigenständigen Familienzentren über (temporäre) Projekte der Familienbildung an Kitas und Schulen bis zu Eltern-Kind-Zentren in Kitas, auch in Kooperation mit Nachbarschaftseinrichtungen, für unterschiedliche Gruppen in der Stadt erhalten.

Dazu müssen die vorhandenen Angebote für Familien noch stärker vernetzt und Kooperationen unterstützt werden. In diesen Prozess sollen Stadtteilzentren und Nachbarschaftseinrichtungen mit einbezogen werden, damit langfristig Strukturen aufgebaut werden und nicht nur eine punktuelle Förderung erfolgt. Das Leistungsangebot der Kitas als Familien- bzw. Eltern-Kind-Zentren muss mindestens Elternbildung und –beratung umfassen. Wünschenswert sind Räume, die von Eltern als Treffpunkte und für die Organisation von Selbsthilfe genutzt werden können.

Uns ist wichtig, die in vielen Kitas begonnene Entwicklung zu Familien- bzw. Eltern-Kind-Zentren zu sichern. Hier wurde das Interesse der Eltern geweckt und Vertrauen geschaffen. Um die Angebote und Kooperationen zu erhalten und auszubauen, ist eine Umsteuerung der Mittel für Hilfen zur Erziehung in Richtung allgemeine Familienförderung nötig. Mit entsprechender Förderung und Koordination durch das Jugendamt können die beteiligten Einrichtungen wie Kitas, Nachbarschaftseinrichtungen oder Familienberatungsstellen die konkrete Planung und Vernetzung vor Ort übernehmen. So kann ein flächendeckendes Netz von Familienzentren in jedem Bezirk entstehen.

*Elfi Jantzen, MDA, ist
Kinder- und familienpolitische Sprecherin
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Abgeordnetenhaus*



© dephoto - fotolia

© artem shcherbakov - fotolia

E-GOVERNMENT FÜR BERLIN

von Thomas Birk

„Wir wollen Berlin zu einer Modellstadt des modernen E-Government machen, die BürgerInnen und Wirtschaft zugutekommt.“ So heißt es mutig in unserem Wahlprogramm. Doch was heißt das genau? Tatsächlich ist die elektronische Abwicklung von Vorgängen schon heute in vielen öffentlichen Fachressorts Alltag. Also, geht doch, sollte man meinen. Leider geht ganz viel – daneben. Es gibt enorme Probleme durch eine gewachsene Vielfalt, die wir anderswo zwar mögen und fördern, bei der Informationstechnik aber sehr hinderlich sein kann. Berlin verschleudert immense Summen für die Entwicklung von Softwareprogrammen, die nicht miteinander kompatibel sind. Es drohen Cyberattacken, weil IT-Sicherheit eine freiwillige Angelegenheit der einzelnen Behörden ist. Der Datenschutz wird umgangen, weil neue IT-Fachverfahren ohne Beteiligung des Datenschutzbeauftragten starten. Andere Städte nutzen das Netz dagegen schon viel stärker zur Veröffentlichung von Daten und für mehr Online-Service.

Grüne IT-Strategie

Berlin braucht eine IT-Strategie aus einem Guss. Grundlage muss ein E-Government-Gesetz mit verbindlichen Regeln für alle werden, ähnlich der Landeshaushaltsordnung. Ein IT-Lenkungsgremium, in dem alle Senats- und Bezirksverwaltungen vertreten sind, entscheidet über IT-Standards, die von einem Chief-Information-Officer (CIO) durchgesetzt werden. Basis für diese Standards soll Open-Source-Software (OSS) sein. So können wir strategisch unabhängig von den Produktzyklen der Marktführer agieren. Zudem würde die lokale Softwarebranche profitieren, die auf OSS spezialisiert ist. Gemeinsam mit anderen Bundesländern streben wir eine IT-Plattform an, um überbezahlte Insellösungen in gemeinsam genutzte Anwendungen zu überführen.

Berlin online

Es soll möglich werden, mit der Verwaltung genauso abschließend online zu kommunizieren, wie wir das bei Banken oder Krankenkassen längst gewohnt sind. Die Online-Lösung für den Einheitlichen Ansprechpartner im Rahmen der EU-



Dienstleistungsrichtlinie dient zurzeit als Muster zur Entwicklung anderer Online-Angebote. Diesen Schritt begrüßen wir, es dauert uns aber viel zu lange. So warten die Ordnungsämter nun schon seit Jahren auf ein IT-Fachverfahren, um Bürgerkontakte abzubilden. Auch die Entwicklung der elektronischen Akte und das damit verbundene Regelwerk lassen auf sich warten. Berlin muss hier mehr steuern und das IT-Dienstleistungszentrum seinem Namen besser gerecht werden.

Berlin transparent

NRW und Bremen machen es vor: Alle Verwaltungsvorschriften finden sich dort barrierefrei und maschinenlesbar im Netz. Wir wollen darüber hinaus öffentliche Verträge zur Daseinsvorsorge, Informationen zum Verbraucherschutz, B-Pläne oder statistische Daten in offenen Formaten online stellen (Open Data). VerwaltungskundInnen sollen online sehen können, wo ihre Anträge gerade bearbeitet werden. Sie sollen online mit Verwaltung und Politik in Austausch treten und beteiligt werden können. Um dabei Energie zu sparen, müssen wir vermehrt Server virtualisieren, vorhandene Serverparks zur Energiegewinnung nutzen und sparsame, recyclebare Computer und Mobilis nutzen (Green IT).

*Thomas Birk, MDA, ist Sprecher für
Verwaltungsreform der Fraktion*

„ES WIRD KEIN BERLINER MOORBURG GEBEN“

Claudia Hämmerling, verkehrspolitische Sprecherin der bündnisgrünen Abgeordnetenhausfraktion, sprach mit Ronald Wenke, Redakteur der Stachligen Argumente, über die A 100, den Tramausbau und die Notwendigkeit von Verhaltensänderung im Verkehr

Warum soll die A 100 eigentlich nicht gebaut werden?

Claudia: Wir Grünen stehen für eine andere Art von Mobilität. Der Mensch steht im Mittelpunkt, nicht das Auto. Wer zu Fuß, mit dem Rad und mit den öffentlichen Verkehrsmitteln unterwegs ist, bewegt sich klimaschonender. Deswegen geben wir diesen Fortbewegungsarten den Vorrang. Und wenn wir 430 Millionen Euro für eine Autobahn ausgeben, fehlt dieses Geld an anderer Stelle für umweltfreundliche Mobilität. Die A 100 ist in ihrer Gesamtplanung ein wirklich kontraproduktives Unternehmen. Die Zunahme der Staus im Britzer- und im A-113-Tunnel belegen, dass die Stadtautobahn schon heute an ihrer Kapazitätsgrenze ist und zusätzlichen Verkehr nicht verkraften kann. Auch im Bereich Elsenbrücke wird die A 100 zum Dauerstau führen. Dort, wo die Autos von der Autobahn fahren sollen, lassen die Straßenquerschnitte schon heute in Spitzenzeiten kaum flüssigen Verkehr zu. Die Autos fahren ja weiter und fallen nicht alle in die Spree. Deshalb werden Friedrichshain, Kreuzberg und Prenzlauer Berg belastet. Es entsteht eine Transitstrecke und eine Mautausweichstrecke für den Lastverkehr mitten durch die Stadt. Wir wollen das Gegenteil: Eine Stadt ohne Durchgangsverkehr. Deswegen mein Fazit: Selbst wenn wir das Geld geschenkt bekommen – verkehrspolitischen Unsinn darf man nicht machen.

Das Geld kommt vom Bund. Kann man das Geld denn einfach für etwas anderes verwenden?

Claudia: Das Geld kommt nur zum Teil vom Bund. Berlin trägt die Planungskosten und ab Autobahnabfahrt muss Berlin finanzieren. Alle Anschlussstrecken müssen neu geordnet, Signalanlagen gebaut werden. Aber zur Frage: Politik ist die Kunst des Machbaren. Wir müssen mit dem Bund verhandeln, damit wir das Geld für Dinge bekommen, die wir auch brauchen, wie Lärmschutzmaßnahmen an bestehenden Autobahnabschnitten oder an Schienestrecken. Wir haben verschiedene Projekte, über die wir

mit dem Bund verhandeln könnten. Leichter wird es natürlich dann mit einer grünen Beteiligung im Bund ab 2013.

Wie hoch ist eigentlich die Gefahr, dass auch in Berlin bei der A 100 schon Fakten geschaffen werden, die uns nach der Wahl zwingen, weiterzubauen? Droht uns Berliner Grünen ein Schreckensszenario wie in Moorbург oder bei Stuttgart 21?

Claudia: Das ist ausgeschlossen. Es gibt eine Gerichtsentcheidung, bei der sich die Kläger gegen den Senat durchgesetzt haben. Demnach kann nicht gebaut werden, bevor die Klage der Anwohner letztinstanzlich entschieden ist. Damit darf der Senat keine Bauaufträge vergeben und keine Fakten schaffen. In Berlin fehlen also die dritten Parteien, wie Baufirmen oder Investoren, die Schadenersatz geltend machen können, wenn die A 100 nicht gebaut wird. Es wird kein Moorburg geben – der Ausstieg ist machbar.

Das ist erfreulich zu hören. Geld ist auch ein Stichwort beim geplanten Tramausbau. Was ist da realistisch in fünf Jahren?

Claudia: Wir beklagen, dass der Senat Investitionen immer in Straßen steckt und die öffentlichen Verkehrsmittel vernachlässigt. Die BVG hat einen riesigen Schuldenberg und ein strukturelles Defizit. Sie könnte aber Straßenbahnstrecken eigenwirtschaftlich betreiben. Das ist selten im öffentlichen Nahverkehr. Wir haben fünf Strecken im Visier, die interessanteste ist dabei die Strecke vom Alexanderplatz über den Potsdamer Platz nach Steglitz. Früher sind auf dieser Strecke 140 000 täglich unterwegs gewesen. Das wäre für die Berliner ein unglaublich attraktives Angebot. Und die BVG könnte damit schwarze Zahlen schreiben.

Weitere interessante Strecken sind: Am einen Ende die Verlängerung der M 10 über den Görlitzer Park bis zum Hermannplatz, am anderen Ende die Verlängerung über den Hauptbahnhof zur Turmstraße zum Mierendorffplatz, dann die Tram von Pankow Wollankstraße zur Turmstraße und später die Tram von Wittenbergplatz über Potsdamer Platz durch Kreuzberg über Sonnenallee bis Köpenick und zuletzt vom Ostkreuz nach Schöneweide. Außerdem müssen die öffentlichen Verkehrsmittel durch Vorrangschaltungen



© Oliver Münchhoff

Mehr Tram wagen auch in Schöneberg

und zusätzliche Busspuren endlich beschleunigt werden.

Dennoch müssen die Investitionen vom Senat erst einmal erbracht werden. Was ist in fünf Jahren zu schaffen?

Claudia: Natürlich können wir diese Strecken nicht alle sofort bauen, sondern eine nach der anderen. Als Erstes schaffen wir Planungsrecht für die Strecke vom Alexanderplatz bis zum Kulturforum, dann wird gebaut. Schon während des Baus werden wir weitere Strecken planungsrechtlich vorbereiten, so dass wir bei Sonderzuweisungen vom Bund oder von der EU immer ein Tramprojekt in der Schublade haben und bauen können. Berlin hatte bisher nur vorbereitete Straßenprojekte. Deswegen wurden die Gelder von den anderen Ebenen immer für die falsche Mobilität ausgegeben.

Das größte Verkehrsproblem in Berlin ist das Dauerchaos bei der S-Bahn. Soll man das Streckennetz zumindest zum Teil neu ausschreiben?

Claudia: Eins steht fest: man darf diese Bahnmanager, die den Senat und uns BerlinerInnen seit drei Jahren an der Nase herumführen, nicht mit einem neuen S-Bahn-Vertrag belohnen. Dazu gibt es auch eine Entscheidung des Bundesgerichtshofs: Es darf keine neue Direktvergabe an die S-Bahn-AG geben. Wir sagen, wir brauchen ein transparentes Wettbewerbsverfahren, in dem mehr als nur ein Anbieter antreten kann. Am Ende kann die S-Bahn nur gewinnen,

wenn sie das beste Angebot unterbreitet - also zu unseren Konditionen, nicht zu denen der Bahnmanager. Wir dürfen uns nicht länger erpressen lassen.

Dann muss es aber Alternativen geben. Ist es dafür nicht schon wieder zu spät?

Claudia: Die Insider sagen, dass man die Ausschreibung spätestens am Jahresanfang hätte auf den Weg bringen müssen, wenn man bis 2017, da endet der S-Bahnvertrag, einen anderen Anbieter haben will. Das dauert so lange, weil neue Züge entwickelt und gebaut werden müssen. Wir gehen davon aus, dass die S-Bahn deshalb automatisch länger im Geschäft bleiben wird. Das ist verschwendetes Geld, denn bis heute kennen wir die echten Kilometerpreise nicht. Wir bezahlen diktierte Preise der Bahn. Das verdanken wir der Handlungsunfähigkeit des rot-roten Senats.

Insbesondere die BerlinerInnen im Süden bewegen die Flugrouten des neuen Flughafens. Wann kann es da eine Befriedigung geben?

Claudia: Es kann leider zu keiner Lösung kommen, die alle zufrieden stellt. Unser Ziel ist möglichst wenig von Fluglärm Betroffene. Ich habe den Eindruck, dass die Fluglärmkommission da zumindest auf einem guten Weg ist. Als besonders ungerecht haben die Menschen empfunden, dass sie vor vollendete Tatsachen gestellt werden sollten. Die im letzten Jahr angekündigten Routen hatten ja nichts mit



Autobahn wird Fahrradbahn – Sternfahrt '09

den Annahmen im Feststellungsplan zu tun. Da wurde der Vertrauensschutz sträflich verletzt. Bereits vor zehn Jahren war klar, dass es abknickende Flugrouten geben sollte. Diese Information ist aber weder von Diepgen noch von Wowereit weitergegeben worden. Sie tragen die Verantwortung für das Desaster und die AnwohnerInnen sind zu Recht sauer. Wir brauchen sichere Flugrouten, die möglichst wenige Menschen mit Lärm belasten. Das wird zu längeren Anflugstrecken führen und auch zu mehr Emissionen, was ich als Klimaschützerin bedauere. Außerdem wird es teurer für die Fluggesellschaften. Aber bei der Gesundheit der Menschen darf es keine Kompromisse geben.

Was für einen Flughafen bekommen wir denn? Ein internationales Flugkreuz, einen Regionalflughafen, ein Berliner Tor zur Welt?

Claudia: Die Messen sind doch gesungen. Wir werden Frankfurt nicht den Rang ablaufen und der Gepäckverkehr, der Logistikumschlagplatz ist in Leipzig. Deswegen brauchen wir keine Nachtflüge. Immer wieder wird die Forderung gerade von den Billigairlines aufgemacht, nach 22 Uhr und vor sechs Uhr morgens starten und landen zu können. Ihnen geht es um die Wirtschaftlichkeit vor allem ihrer Kurzstreckenverbindungen. Wir haben andere Prioritäten. Kurzstrecken gehören auf die Bahn und Sicherheit und Gesundheit der Anwohner haben Vorrang vor Wirt-

schaftlichkeit. Wir wollen ein weitreichendes Nachtflugverbot. Wir haben dazu schon vor zwei Jahren einen entsprechenden Antrag eingebracht. Den haben alle anderen Parteien abgelehnt. Auch die Linke und die CDU sind Umfallerparteien, die jetzt mit populistischen Mitteln, versuchen die Menschen zu täuschen.

Welche Rolle spielt Verkehrspolitik beim Klimaschutz?

Claudia: Meine Kernbotschaft ist: Wenn wir das Klima schützen und eine Energiewende wollen, dann spielt der Verkehr eine ganz entscheidende Rolle. „Berlin ist Hauptstadt der Elektromobilität - damit wirbt der rot-rote Senat international für S-Bahn und die Tram. Er hat aber zehn Jahre so gut wie nichts getan, um diese umweltfreundlichen Verkehrsmittel zu stärken. Das Mobilitätsverhalten der BerlinerInnen muss sich ändern. Das ist der schwerste Teil der Energiewende. Energetische Sanierung von Wohnungen erfordert keine Verhaltensänderung. Aber vom Auto aufs Fahrrad oder den öffentlichen Nahverkehr umzusteigen, dazu muss sich jeder Einzelne selbst bewegen. Wenn wir das von den BerlinerInnen erwarten, müssen wir ihnen aber auch attraktive Angebote unterbreiten.“

Das Gespräch führte Ronald Wenke

© Oliver Münchhoff

© zettberlin/ photocase

BADEN IN DER SPREE

von Felicitas Kubala

Wer möchte nicht an heißen Sommertagen nach dem Sonnenbad am Spreeufer ein erfrischendes Bad im Fluss nehmen? Eine herrliche Vorstellung, aber zurzeit nur eine schöne Zukunftsvision. Die Wasserqualität der Spree macht das Baden vorerst nicht zum Vergnügen. Durch Brandenburger Braunkohletagebau und Landwirtschaft vorbelastet fließt die Spree durch Berlin und wird – insbesondere bei starken Regenfällen – durch vermischtes Abwasser aus dem innerstädtischen Leitungssystem verunreinigt. Was ist zu tun, damit unsere grüne Zukunftsvision Wirklichkeit wird?

Flüsse halten sich nicht an Landesgrenzen, deswegen muss länderübergreifend an einer besseren Wasserqualität gearbeitet werden. Genau das ist das Ziel der europäischen Wasserrahmenrichtlinie (WRRL). Danach sollen Staaten, Regionen und Gemeinden Maßnahmen für qualitative Verbesserungen der Einzugsgebiete von Flüssen treffen. Für Berlin ist es das Einzugsgebiet der gesamten Spree und Havel von ihren Quellen bis zur Mündung in Havel und Elbe. Berlin kann und sollte daher diese wichtige Richtlinie stärker nutzen, um die Gewässerqualität länderübergreifend zu verbessern.

Im Mittelpunkt wasserpolitischer Maßnahmen steht die Infrastruktur für die Berliner Wasserversorgung – die Wasserwerke, Klärwerke, Kanäle und Rohre. Was vor rund 150 Jahren modern und innovativ war, entspricht heute nicht mehr den Erfordernissen. Die Anlagen sind sanierungsbedürftig und überdimensioniert und tragen dem stetig sinkenden Trinkwasserabsatz und den Anforderungen an eine ökologische Abwasserbeseitigung nur begrenzt Rechnung. Wasserwirtschaftliche Maßnahmen wie Rückhaltebecken und Wehre im bestehenden Abwassersystem sind für einen Übergangszeitraum notwendig, aber langfristig keine adäquate Lösung für eine nachhaltige Wasserwirtschaft. Sukzessive muss das alte System der innerstädtischen Mischkanalisation rückgebaut und getrennt werden.

Die Berliner Klärwerke brauchen eine vierte Reinigungsstufe, das fordern Bündnis 90/Die Grünen schon seit vielen Jahren. Obwohl diese Investition die Wasserqualität von Havel und Spree deutlich verbessern könnte, wird sie seit vielen Jahren immer wieder aufgeschoben. Jetzt kommt Bewegung in die Diskussion, da die europäischen Wasser-

standards einzuhalten sind und sich die Länder Brandenburg und Berlin vor Gericht über die Leitparameter für die Nährstoffbelastung von Spree und Havel geeinigt haben.

Regenwasser muss nicht ins Klärwerk. Statt Abwasserkanäle und Klärwerke mit dem relativ sauberen Regenwasser zu belasten, sind innovative Konzepte zum Regenwassermanagement und zur Entsiegelung von Flächen insbesondere in der Innenstadt gefragt. Regenwasser sollte in der Landschaft gehalten werden, das entlastet die Kanalisation, ist vorteilhaft für das Stadtklima und die Grundwasserbildung. Das Regenwasserbecken mit Pflanzenkläranlage am Potsdamer Platz ist nicht nur ökologisch vorteilhaft, sondern auch ein schöner Beitrag für mehr Aufenthaltsqualität in der Stadt. Bisher hat Berlin nur wenige solcher Modellprojekte. Das muss sich ändern.

Es gibt noch viel zu tun, damit das Baden in der Spree Realität wird!

Felicitas Kubala, MdB, umweltpolitische Sprecherin



REKOMMUNALISIERUNG

WIE BEKOMMEN DIE BERLINER UND BERLINERINNEN IHR WASSER ZURÜCK?

von Heidi Kosche

Mit dem ersten Volksgesetz zur Offenlegung aller Verträge, Nebenabreden und Absprachen der Berliner Wasserwirtschaft, das durch den Volksentscheid im Februar 2011 mit über 666 000 BerlinerInnen (gut 27 Prozent der Wahlberechtigten) erreicht wurde, ist die Debatte über eine Rekommunalisierung der Berliner Wasserbetriebe öffentlich geworden.

Der Erfolg des Volksentscheids zur Veröffentlichung der Teilprivatisierungsverträge hat ein deutliches Misstrauen der Berliner Bevölkerung gegen die bisherige Privatisierungspolitik, besonders des derzeitigen rot-roten Senats gezeigt. Deswegen steht nicht nur die Debatte darum an, wie eine Rekommunalisierung erfolgen soll und kann, sondern im Fokus der Diskussion steht auch, wie die Berliner Bevölkerung wieder Vertrauen in die Berliner Wasserwirtschaft und den in diesem Bereich handelnden Personen im Berliner Senat gewinnt.

Woran muss sich ein Rückkauf der Berliner Wasserbetriebe orientieren?

Die Beteiligung der privaten Anteilseigner an den Wasserbetrieben erfolgt über eine Holding AG, in der das Land Berlin 50,1% Aktienanteile und die Konzerne RWE und Veolia zusammen 49,9 % Anteile besitzen. Da könnte man doch meinen, kein Problem, das Land hat alles im Griff, es hat die Mehrheit, wenn auch knapp.

Leider weit gefehlt. Die Privaten haben sich mit einem „Vertrag über eine einheitliche Leitung“ die Herrschaft im Vorstand der Berliner Wasserbetriebe gesichert. Durch diesen Vertrag ist der Vorstand der Berlin-Wasserholding (BWH), in der die Privaten über die Mehrheit verfügen, berechtigt, dem Vorstand der Wasserbetriebe Anweisungen zu geben. Das Land Berlin ist weitgehend machtlos.

Aktuell bietet der Konzern RWE dem Land Berlin seine 25-%-Anteile an der Holding an, es finden Verkaufsverhandlungen statt. Über diesen Weg würde sich der Aktienanteil des Landes Berlin in der Holding erhöhen. Würde sich aber auch der Einfluss des Landes vergrößern? Was passiert mit dem „Beherrschungsvertrag“, wenn Veolia weiterhin Vertragspartnerin und damit auch dieser Vertrag gültig bleibt? Diese Fragen stellen sich dringend und müssen vor einem Verkauf geklärt werden. Denn was nützen mehr Aktien ohne weiteren Einfluss des Landes auf den Betrieb? Wir Grüne stellen deswegen die Forderung auf, dass das Vertragsverhältnis mit Veolia zusammen mit dem Verkauf von RWE-Anteilen geklärt werden muss.

Mehr Anteile an der Holding bringen mehr Anteile am Profit, das ist klar. Deswegen wird ein Rückkauf der Anteile auch von Bündnis 90/Die Grünen angestrebt. Es steht derzeit die Summe von über 800 Mio. Euro Rückkaufpreis in der Diskussion. Für Bündnis 90/Die Grünen muss nach dem Rückkauf von Anteilen eine deutliche Senkung der Wasserpreise möglich werden und die Wasserwirtschaft stärker ökologisch ausgerichtet werden. Der wesentlichste Punkt ist aber, dass die Instandhaltungskosten für die Trinkwasser- und Abwasserleitungen sowie die Wasserwerke und sonstiges technisches Equipment erhöht werden und regelmäßig erfolgen können.

Die Versorgung mit qualitativ hochwertigem Wasser ist über einen Generationenvertrag gestaltet: Unsere Urgroßväter und -mütter haben die Kosten für die Anlagen finanziert, die wir heute nutzen, um sauberes Trinkwasser zu genießen. Die Reinigung von Schmutzwasser ist deutschlandweit steuerfrei, damit die Abwasserreinigung

nicht an zu hohen Tarifen dafür scheitert und es dadurch gegebenenfalls zu gesundheitlichen Problemen kommt. All das müssen wir an unsere Enkel und Urenkel weitergeben.

Zukünftige Transparenz statt Geheimverhandlungen

Über 27 % der Berliner Wählerinnen und Wähler sind den ablehnenden Argumenten des Senats und der Mehrheit des Parlaments beim Wasservolksentscheid nicht gefolgt. Dieses Ergebnis zeigt, dass hier in der Berliner Bevölkerung ein erhebliches Misstrauen aufgrund der geheimen Wasserverkaufsverträge gegenüber den Regierenden besteht. Wie kann sich dies in Zukunft ändern?

Bündnis 90/Die Grünen wollen neben ökologischen und sozialen Zielen vor allem Regeln formulieren, die transparentes Wirtschaften der Berliner Wasserwirtschaft ermöglichen. Wir machen den Vorschlag, dass über die Eigentumsstruktur der BWB neu verhandelt wird. Wenn wieder alle Anteile der Aktienholding im Besitz des Landes Berlin sind, ist die Holding nicht mehr nötig. Sie könnte aufgelöst werden. Die bestehende Anstalt öffentlichen Rechts der BWB würde im Bereich Aufsichtsrat personell erweitert, indem Dachverbände des Verbraucher- und Umweltschutzes einbezogen werden.

Gleichzeitig schlagen wir vor, ein neues öffentliches Beobachtungs- und Kontrollgremium - Water Watch Institut - zu gründen. Dieses übernimmt die Überwachung weiterer Rekommunalisierungsvorgänge sowie die Beratung der Gremien der BWB zur strategischen Ausrichtung der Wasserbetriebe. Dieses Gremium soll unter anderem aus VertreterInnen des Parlaments, Betriebsräten, VertreterInnen von Umwelt- und Verbraucherschutzorganisationen und der Wissenschaft zusammengesetzt sein und für die Öffentlichkeit als AnsprechpartnerIn dienen. Es bekommt zur Stärkung seiner Unabhängigkeit einen eigenen Haushalt. Letztlich sollen Parlament und Öffentlichkeit angemessen über Diskurse in Sachen Berliner Wasserwirtschaft informiert werden und sich einmischen können. Das Kontroll- und Strategiegremium ist öffentlich und legt regelmäßig Berichte vor.

Die Autorin ist MdB und die gesundheitspolitische Sprecherin der Fraktion

INTEGRATIVE STADT

Integration verstehen wir als die gleichberechtigte Teilhabe aller, der Neu- und der Altberliner_innen, in allen gesellschaftlichen Bereichen. Wir wollen Integrationshindernisse beseitigen, die Stadt gemeinsam mit Neu- und Altberliner_innen gestalten und gemeinsam Verantwortung für die Zukunft der Stadt übernehmen.

Statt soziale Probleme zu ethnisieren, gehen wir die Probleme an, die den sozialen Aufstieg blockieren und Chancengleichheit verhindern. Am schlimmsten ist es im Bereich der Bildung: 39 Prozent der in Berlin lebenden Migrant_innen haben einen Hochschulabschluss, damit liegen sie über der Quote der Einheimischen. Ihre Kinder aber, statistisch gesprochen die Schulabgänger_innen mit Migrationshintergrund, erreichen in Berlin zu 50 Prozent nicht einmal einen Schulabschluss.

Wir wollen ein Anerkennungszentrum für ausländische Abschlüsse, das Unterstützung bietet bei den oft komplizierten Anerkennungsverfahren. Dazu müssen auch die anerkennenden Stellen eingebunden werden.

Wir wollen die Abwanderung von qualifizierten Menschen stoppen, die nach ihren Abschlüssen Deutschland verlassen. Dazu ist es unter anderem dringend nötig, die Antidiskriminierungsstelle des Landes zu stärken. Anonymisierte Bewerbungen sollen zumindest bei öffentlichen Stellen und bei Unternehmen mit Landesbeteiligung Standard werden.

Wir haben eine Initiative zur Änderung der Berliner Verfassung gestartet, um auf Bezirksebene ein Wahlrecht auch ohne deutschen Pass zu ermöglichen.

Wir wollen Diversity-Beauftragte in allen Verwaltungen und öffentlichen Unternehmen. Die Ausländerbehörde soll kundenfreundlicher werden und Außenstellen bekommen, so dass auch Ausländer_innen wohnortnah ihre Belange regeln können.

Susanne Kahlefeldt

INKLUSIVE STADT

Erstmals grüner, tauber Abgeordneter in BVV

Der grüne Kreisverband Mitte hat mit Martin Zierold erstmalig einen hörbehinderten - oder wie er über sich selbst sagt - „tauben“ Menschen auf einen sicheren Listenplatz zur Bezirksverordnetenversammlung (BVV) gewählt. Martin Zierold kandidierte für den Listenplatz 14, den er mit großer Zustimmung erhielt. Er steht für eine Politik der selbstbestimmten Teilhabe und Inklusion von Menschen mit Behinderungen wie von Menschen mit Migrationshintergrund. Als Gründer des ersten deutschlandweiten Jugendvereins, in dem Gehörlose und Hörende zusammenkommen, kennt er die Schwierigkeiten in der Kommunikation. Im Bezirk will er sich daher für den Abbau von Barrieren einsetzen und Akteure miteinander vernetzen. In seiner Rede kritisierte er als Beispiele die Einsprachigkeit der Verwaltung und die zahlreichen Barrieren auf der Homepage des öffentlichen Dienstes, auf der es keine vorlesbaren Texte und Gebärdensprachvideos gibt. Diese Barrieren sind diskriminierend, weil sie bestimmte Menschengruppen von der Teilhabe an Informationen und damit am Leben in der Gemeinschaft ausschließen.

Derzeit gibt es in Deutschland weder in den Landesparlamenten noch in den kommunalen Parlamenten einen hörbehinderten Abgeordneten. Auch im Deutschen Bundestag gibt es kein Mitglied mit Hörbehinderung. Schaut man allerdings nach Österreich, findet sich mit Helene Jarmer die erste grüne hörbehinderte Frau in einem nationalen Parlament. Auch im Europaparlament wurde bei den letzten Wahlen erstmalig ein hörbehinderter Parlamentarier aus Ungarn, Ádám Kósá, hineingewählt.

Ulrike Bürgel

QUEERE STADT

Keine Frage: in keiner deutschen Stadt können schwule, lesbische, bi- oder transsexuelle Menschen so frei und selbstbestimmt leben wie in Berlin. Aber frei von Angst vor Gewalt und Diskriminierung eben doch noch nicht. In den letzten Jahren häufen sich leider wieder die Fälle von homophober oder transphober Gewalt. Auf den Schulhöfen bleibt „schwule Sau“ eines der meistgenutzten Schimpfwörter. Um das Problem anzugehen, hat das Abgeordnetenhaus - auf Initiative der Grünen - einstimmig einen Aktionsplan gegen Homo- und Transphobie beschlossen. So weit, so schön. Doch die Umsetzung hakt, der rot-rote Senat lässt Gelder verfallen, wichtige Projekte kommen nicht über die Planungsphase hinaus und die geballte Kritik der Szene wird von Wowereit und Lederer eiskalt ignoriert. Der Aktionsplan ist zudem nur auf zwei Jahre angelegt. Ein drei viertel Jahr davon wurde bereits vertan, bis aus Ankündigungen erste sichtbare Initiativen wurden. Zu wenig, zu langsam – da müssen wir ran!

Wir wollen, dass Berlin Vorreiter für die Gleichstellung von lesbischen und schwulen Partnerschaften wird – über die Stadtgrenzen hinaus. Dazu gehört, dass eine grüne Stimme im Bundesrat klar für die Öffnung der Ehe und für das gemeinsame Adoptionsrecht eintreten wird. Die nächste große Debatte wird es geben, wenn es um die Anerkennung von Regenbogenfamilien geht. Der Zugang zu künstlicher Befruchtung für lesbische Paare, das gemeinsame Adoptionsrecht und die rechtliche Absicherung von Mehrelternschaft, da wird nicht nur die CDU beweisen müssen, dass sie offen für eine zeitgemäße Familienpolitik ist. Auch die SPD wackelt hier immer wieder. Das zeigt: Ohne uns geht es nicht. Ohne Grün kein Queer.

Ronald Wenke

WELTSTADT

Wir wollen eine offene, tolerante und integrative Stadtgesellschaft, die sich für Frieden, nachhaltige Entwicklung, Demokratie, Menschenrechte und globale Gerechtigkeit einsetzt. Berlin kann auf diese Weise globale Herausforderungen, wie Klimawandel, Umweltstörung, Armut und Ausgrenzung, angehen.

Das fängt im Kleinen an: Die vielfältigen Städtepartnerschaften Berlins und seiner Bezirke müssen mit frischem Leben erfüllt werden. Sie sollten auch durch neue Partnerschaften ergänzt werden. Besonders wünschenswert wäre es, wenn ein Berliner Bezirk erstmals eine Partnerschaft mit einer palästinensischen Stadt knüpfen würde.

Um das Engagement von jungen Menschen zu fördern, sollten innovative Projekte zum globalen Lernen unterstützt werden. Auch muss sich Berlin mit der unreflektierten Geschichte als Metropole des deutschen Kolonialismus auseinandersetzen und ein postkoloniales Erinnerungskonzept für die Stadt entwickeln.

Die Umbrüche in Nordafrika zeigen weitere Möglichkeiten für eine verstärkte internationale Aktivität Berlins. Ziel sollte sowohl der direkte Austausch mit den jungen Freiheitsbewegungen als auch der Einsatz für eine Öffnung Europas und ein verbesserter Flüchtlingsschutz sein. Nur mit stärkerem internationalen Engagement können wir Berlin von einer Weltstadt zu einer Welt-BürgerInnen-Stadt weiterentwickeln.

Sophie Mendéz

UNTERWEGS FÜR EINE STADT

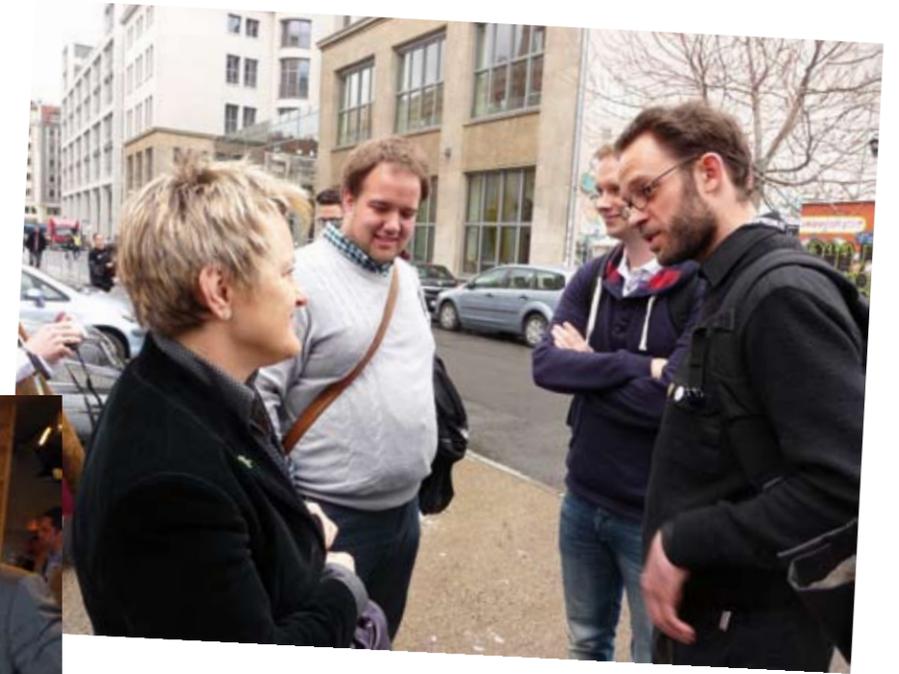
Renate Künast im Berliner Wahlkampf

Ein bisschen aufgeregt sind sie schon, schließlich kommt gleich diese berühmte Politikerin, die sie bisher nur aus dem Fernsehen kennen: Renate Künast. Mehrere Wochen haben sich die Teilnehmer des Netzwerks Leichte Sprache Nueva zusammengesetzt, sich das grüne Wahlprogramm vorgenommen – und umgeschrieben. Eine leichtere, verständlichere Version, das war der Auftrag. So, dass auch Menschen mit Lernschwierigkeiten, Leseschwächen oder Sprachproblemen eine Chance haben, sich über die grünen Positionen zu informieren. Keine leichte Aufgabe für die jungen Erwachsenen, die hier auf den ersten Arbeitsmarkt vorbereitet und als Interviewer für Umfragen ausgebildet werden. Die Berliner Grünen hatten ihnen das Wahlprogramm „Eine Stadt für alle“ zugeschickt und sie mit der Übersetzung beauftragt, dann hatte sich Renate Künast angekündigt. Sie will das Ergebnis selbst in Empfang nehmen, selbst sehen, wer sich da mit dem Wahlprogramm auseinandergesetzt hat. Daher die Aufregung.

Berlinerin seit 30 Jahren

Seit mehr als 30 Jahren lebt und arbeitet Renate Künast in Berlin. Als Sozialarbeiterin, als Rechtsanwältin, als Politikerin und als Privatperson – längst sagt Renate Künast über sich: „Ich bin eine Berlinerin“. Jetzt will sie die Hauptstadt regieren. Am 5. November letzten Jahres hat Renate Künast ihre Kandidatur für das Amt des Regierenden Bürgermeisters öffentlich erklärt und den Berlinerinnen und Berlinern „eine Stadt für alle“ versprochen.

Seither ist ihr Terminkalender prall gefüllt. Sie ist unterwegs und erklärt, wie sie das umsetzen will, in „ihrer Stadt“. Am 18. September ist die Wahl und bis dahin will die einzige Frau unter den Spitzenkandidaten mit möglichst vielen Berlinern sprechen, ihre Sorgen anhören und ihre Anregungen aufgreifen. Sie eröffnete im FEZ-Wuhlheide, Europas größtem gemeinnützigem Kinder- und Familienzentrum, ein großes Kinderfest, besuchte das Mehrgenerationenhaus Albatros in Reinickendorf, las am Vorlesetag vor zwei Schulklassen aus ihrem Buch, diskutierte bei Biotronik in Neukölln und Berlin-Chemie in Adlershof die Herausforderungen der Berliner Wirtschaft und die Frage, wie ein Jobwachstum möglich ist, informierte sich in der Kolibri-Grundschule in Hellersdorf über Inklusion. Und, und, und.



Renate auf einem Rundgang über die re:publica



Beim Besuch der inklusiven Kolibri Grundschule in Hellersdorf



Beim Richtfest für das neue Boulevard Berlin an der Steglitzer Schlossstraße



Mit dem Wahlprogramm in leichter Sprache

Bilder © Sebastian Wannier

Die Nueva-Übersetzer halten Blumen bereit. Aber Renate Künast kommt direkt aus dem Bundestag und verspätet sich wenige Minuten. Das steigert die Aufregung zusätzlich. Einer fragt, ob sie überhaupt wirklich persönlich kommt? Aber natürlich. Und sie nimmt sich Zeit.

„Frau Grün“ im Gespräch

Renate Künast lässt sich erzählen, wie man das macht, einen so komplizierten Text wie das Programm für eine so große Stadt zu vereinfachen. Erstmal wurde der Text durchgelesen und alles, was die Übersetzer selbst nicht verstanden, durchgestrichen – eine ganze Menge, wie sie selbst sagen. Dann wurde Kapitel für Kapitel, Textstelle für Textstelle nach einfacheren Formulierungen gesucht, und notfalls gestrichen. Die Sätze wurden verkürzt, da beim Lesen langer Sätze die Konzentration nachlässt. Ihre Schilderungen unterbrechen die Nueva-Teilnehmer immer wieder, damit eine Gebärdensprachdolmetscherin genug Zeit, hat den anwesenden Gehörlosen ins Gespräch zu integrieren. „Frau Künast“ gebärden die beiden mit den Zeichen für „Frau Grün“, dabei gibt es für die Politikerin eine eigene Gebärde, wie sie selbst erzählt. Das imaginäre Zupfen an einer Bluse, da sie Blusen so häufig trage.

Im Anschluss an die Präsentation des Wahlprogramms in leichter Sprache kommt es zu einer angeregten Diskussion zu zahlreichen Programmpunkten. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Übersetzungs-Projekts sind mittlerweile selbst zu politischen Fachleuten geworden und löchern Renate Künast mit Fragen. Klimastadtwerk, Inklusion, aber auch die Euro-Krise in Griechenland. Was denken die Berliner Grünen darüber? Und die Spitzenkandidatin antwortet in leichter Sprache.

Das Interesse an den grünen Positionen ist groß in Berlin. Auch da, wo man lange nicht so viel anfangen konnte mit den „Ökos“, kommt Zuspruch, die Wechselstimmung ist spürbar. Zu einem Frühstück beim Verein Berliner Kaufleute sind ungefähr 120 Gäste und Mitglieder des Wirtschaftsclub gekommen. Renate Künast erklärt, wie Berlins Wirtschaft fit für die Zukunft gemacht werden kann: Öko-Zertifikate im Tourismus, Mobilitätskonzepte, die Elektromobilität und die Förderung erneuerbarer Energien ver-

binden. Die Grünen haben sich Gedanken gemacht, wie Berlin aus der Armutsfalle herauskommen kann und die Wirtschaft hat das registriert. 100 000 Jobs seien in Berlin möglich mit den richtigen politischen Weichenstellungen. Im Dienstleistungssektor, in der Bildung und Betreuung, im Gesundheitsbereich und in der Pflege, in der Kreativwirtschaft und natürlich in der Green Economy, überall liegt Potential brach. In all den Bereichen kann und muss Berlin mehr Arbeitsplätze schaffen. Nicht gegen die Wirtschaft, sondern mit der Wirtschaft. Das ist Renate Künasts Botschaft.

Das anfängliche Fremdeln ist längst verschwunden, als sich Renate Künast zum nächsten Termin verabschiedet. „Sie ist engagiert und frech genug, Paroli zu bieten“, sagt Vivantes-Chefärztin Aglaja Stöver nach dem Auftritt zu einem Tagesspiegel-Reporter.

Sobald Renate Künast in die Öffentlichkeit tritt, drehen sich Köpfe und Handykameras werden auf sie gerichtet. Beispiel re:publica: Seit 2007 trifft sich die deutsche Internetgemeinde zu einem Kongress in Berlin. Die Nachricht, dass Renate Künast dieses Jahr zu Gast war, verbreitet sich schnell. Noch während sie sich auf der Messe umschaute, waren bereits die ersten Fotos von Renate Künast mit einem Stück Rhabarberkuchen am digitalen Lagerfeuer über Twitter zu finden.

Diese Aufmerksamkeit wird in den nächsten Wochen nicht nachlassen und erst recht nicht, wenn sie ins Rote Rathaus einzieht. Aber es stört Renate Künast nicht: Wenn der Akku leer ist, verordnet sie sich eine Pause auf dem Balkon oder kocht für Freunde Königsberger Klopse, ihr Lieblingsessen. Ein bisschen Zeit für sich, das ist wichtig. Aber dann ist sie wieder voll da, für alle anderen Berlinerinnen und Berliner. Sie ist eine leidenschaftliche Hobby-Köchin, eine leidenschaftliche Hobby-Gärtnerin, aber ebenso leidenschaftlich eine Berliner Politikerin. Und als solche hat Renate Künast viel vor: eine Wahl gewinnen.

Sebastian Wanner

GRÜNE STADT - GRÜNE BEZIRKE

Stadt gestalten heißt auch seine Teile zu gestalten. Und das wir in den Bezirken stark sind, haben wir mit vielen Projekten bewiesen, initiiert von unseren StadträtInnen, unseren BVV-Fraktionen oder unseren Bezirksgruppen vor Ort. Und Friedrichshain-Kreuzberg zeigt es: Grüne Bürgermeister tun der Stadt ausgesprochen gut.

Diesmal werben wir bei den Dritten Stimme, mit der die Zusammensetzung der BVVen bestimmt wird, vor allem auch dafür, dass wir in weiteren Bezirken die BürgermeisterInnenposition besetzen können. Renate, Franz: Ihr bleibt nicht alleine. om

ANDREA FISCHER, MITTE

Sie möchte wieder mitmischen und gestalten: Andrea Fischer, Bundesgesundheitsministerin a. D. kandidiert zur Wahl am 18. September 2011 im KV Mitte für das Amt der Bezirksbürgermeisterin und kehrt damit nach gut zehn Jahren auf die politische Bühne zurück.

Nach ihren Erfahrungen in der Bundespolitik hat Andrea Fischer Lust auf kommunale Politik, weil für sie Entscheidungen der Bezirke die „Zukunftsfragen der Stadt im Kleinen“ aufzeigen. Auf zwei Versammlungen warb sie um die Unterstützung der Mitglieder wie der grünen Fachpolitiker/innen in der BVV. In den kommenden Wochen und Monaten wird sie sich in zahlreichen Gesprächen über die Bezirkspolitik informieren und sich alle Fragen wie Sachverhalte des Bezirks zu eigen machen. Denn, wie sie selbst sagt, sie wolle nichts daherplappern.

In den letzten Jahren ist Andrea Fischer als freie Publizistin tätig gewesen und hielt Vorträge zu Themen der Gesundheitspolitik und -wirtschaft



und -wirtschaft sowie über Ethik in der Medizin. Daneben arbeitet sie als selbständige Beraterin für verschiedene Unternehmen der Gesundheitswirtschaft. Zuvor war sie Beraterin in der europäischen Kommunikationsberatung Pleon, wo sie von 2006 bis 2009 den medizinisch-pharmazeutischen Bereich Healthcare leitete. In Berlin steht sie seit 2008 ehrenamtlich als Diözesanleiterin

dem Malteserhilfsdienst in Berlin vor. 2002 moderierte Andrea Fischer einige Zeit mit BamS-Chefredakteur Claus Strunz die Sendung „Grüner Salon“ bei n-tv.

Ulrike Bürgel

ELFI JANTZEN, CHARLOTTENBURG-WILMERSDORF

Elfi Jantzen, familienpolitische Sprecherin der Fraktion im Abgeordnetenhaus, zieht es nach 16 Jahren grüner Politik auf Landesebene zurück auf die politische Bühne in ihrem Heimatbezirk. Hier ist sie seit über 20 Jahren als Mitglied und im Kreisvorstand politisch aktiv, von 1992 bis 1995 war sie Mitglied der BVV-Fraktion in Charlottenburg.



Als Familien- und Sozialpolitikerin liegt ihr Schwerpunkt auf einer guten sozialen und kulturellen Infrastruktur. Sie möchte Kinder- und Familienfreundlichkeit als Leitziel in allen Politikbereichen verankern, insbesondere in der Stadtplanung und Verkehrspolitik. Gepflegte Grünanlagen, der Laden um die Ecke, sichere barrierefreie Wege und Familienzentren oder Nachbarschaftshäuser sind für Menschen mit Kindern genauso wichtig wie für die älteren MitbürgerInnen. Elfi Jantzen ist gut vernetzt mit Akteuren vor allem in der Jugend- und Familienpolitik, aber auch im Gesundheits- und Sozialbereich. Viele Menschen und Initiativen im Bezirk kennen sie als kompetente und verlässliche Ansprechpartnerin.

Um die attraktive Mischung aus Wohnen, Arbeiten, Einkaufen, Kultur und Freizeit im City-Bezirk zu erhalten und negativen Entwicklungen entgegenzutreten, setzt die Kandidatin auf ein gutes Team mit Kompetenzen in allen Politikbereichen in der zukünftigen grünen BVV-Fraktion. Gemeinsam will sie für bessere Bildung in Kitas und Schulen, die Förderung klimaschonender Verkehrsarten und energetischer Sanierung, nachhaltige Arbeitsplätze und die Stärkung bürgerschaftlichen Engagements und der BürgerInnenbeteiligung im Bezirk arbeiten. Damit der Bezirk seine Aufgaben für die BürgerInnen gut wahrnehmen kann, will sie die Interessen des Bezirks gegenüber Senat und Abgeordnetenhaus und im Rat der BürgermeisterInnen selbstbewusst vertreten.

JENS-HOLGER KIRCHNER, (NILSON) PANKOW

Jens-Holger Kirchner, 51 Jahre, lebt seit 1979 in Prenzlauer Berg. Seit 2006 ist er Bezirksstadtrat für Öffentliche Ordnung, Verkehr und Verbraucherschutz in Pankow. Auf den ersten Blick ist das ein dröges Thema, aber er hat es geschafft, Schwerpunkte zu setzen, Probleme anzupacken und zu lösen und Kommunalpolitik zu gestalten.

Das Pankower Smiley-System zur Veröffentlichung von Lebensmittelkontrollen hat mittlerweile bundesweit Schule gemacht. Das ist grüne Kommunalpolitik für mehr Verbraucherschutz und Information pur.

Den hohen Parkdruck in Prenzlauer Berg milderte er durch Parkraumbewirtschaftung. Die effiziente Einführung mit guter Information zeigt Wirkung: Hartnäckig verlangen Anwohner aus angrenzenden Gebieten die Ausweitung der Bereiche.

Er ist verantwortlich für etliche Baustellen im Bezirk und hat dabei immer die umweltfreundliche Mobilität, Verkehrssicherheit für alle und Barrierefreiheit im öffentlichen Raum im Auge.

Dies ist nicht immer konfliktfrei, wie wir an dem inzwischen bekannten Thema Kastanienallee sehen. Verschiedenste Bürgerinitiativen versuchen mit einem Bürgerbegehren, den nach einem umfangreichen Bürgerbeteiligungsverfahren erarbeiteten, durch mehrere Beschlüsse der BVV sanktionierten Umbau für mehr Verkehrssicherheit und Barrierefreiheit zu stoppen. Leider ist der alte Charme nicht im Geringsten barrierefrei oder für Verkehrsteilnehmer sicher. Grüne Verkehrspolitik heißt deshalb auch, sich eindeutig zu positionieren und sich auch durchzusetzen.

Jens-Holger Kirchner hat diesem Bezirk liebevoll seinen Stempel aufgedrückt. Er hat Lust am konstruktiven Streit, hat akzentuiert Debatten mitgeprägt und hat eins nie vergessen: das direkte Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern zu suchen und zu führen. Eben ein Undiplomat, dem Klartext liegt.

SIBYLL KLOTZ, TEMPELHOF-SCHÖNEBERG

Sibyll Klotz ist 1961 in Berlin geboren, hat eine erwachsene Tochter und lebt zusammen mit ihrer langjährigen Lebensgefährtin. Sie kam über den Unabhängigen Frauenverband zu Bündnis 90 / Die Grünen und war zwischen 1991 und 2006 Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses. Dort hat sie sich um soziale Themen gekümmert, war arbeitsmarkt- und frauenpolitische Sprecherin, etliche Jahre Fraktionsvorsitzende und Vorsitzende der Enquetekommission „Eine Zukunft für Berlin“. Seit 2006 ist sie Stadträtin für Gesundheit und Soziales in Tempelhof-Schöneberg. Fachlich und persönlich wird sie über Parteigrenzen hinweg geschätzt. Außer bei den Grünen ist sie unter anderem Mitglied des Förderkreises Denkmal für die ermordeten Juden Europas und der Berliner Tafel und gehört auch zu amnesty international.

Gemeinsam mit ihrer Bezirksgruppe hat sich Sibyll Klotz für die kommenden Wahlen drei Ziele gesetzt: Stärkste Partei und Fraktion im Bezirk zu werden, eine Zählgemeinschaft unter grüner Führung zu bilden und zwei grüne BA-Mitglieder, davon eine Bürgermeisterin, zu stellen. Für Sibyll Klotz stehen die Wahlen am 18. September unter dem Motto. „Tempelhof-Schöneberg, ein Bezirk für alle – Mehr Lebensqualität für alle“.

Sibyll Klotz setzt auf Zusammenarbeit und Kooperation statt auf Abgrenzung und Ressortegoismen, sowohl innerhalb des Bezirks als auch in Beziehung zur Landesebene. Nur im Team können die anstehenden Probleme bewältigt, die Blockaden gelöst werden. Die Bürgerinnen und Bürger wollen und müssen in den nächsten Jahren stärker einbezogen werden: Bei Bauplanungen und im Grünbereich braucht der Bezirk das Bürgerengagement ebenso wie für lebendige Nachbarschaften und die Versorgung der wachsenden Gruppe der Älteren. Tempelhof-Schöneberg braucht kreative Lösungen statt



eingefahrener Gleise, die Orientierung auf die Kieze statt die Gießkanne. Dabei steht der Bezirk vor großen finanziellen Herausforderungen. Die knappen Mittel gilt es so einzusetzen, dass der größtmögliche Nutzen für die Menschen im Bezirk dabei herauskommt.

CHRISTA MARKL-VIETO, STEGLITZ-ZEHLENDORF



Als die Anfrage der Bild-Zeitung reinkommt, reagiert Christa Markl-Vieto eher unwirsch: „Mit der Springer-Presse? Mit denen brauchst Du mir gar nicht erst zu kommen!“ Eine pressscheue Kandidatin für das Bürgermeisteramt von Steglitz-Zehlendorf? Keineswegs, aber die Bild-Zeitung soll es dann eben doch nicht sein. „Wir haben gegen die demonstriert, weil sie nur Unwahrheiten gedruckt haben. Daran hat sich doch nichts geändert, nur weil sie jetzt ein wenig netter zu uns sind!“

Doch ist die grüne Kandidatin in Steglitz-Zehlendorf alles andere als eine Revoluzzerin. Seit vier Jahren ist sie Fraktionsvorsitzende der Grünen im einzig schwarz-grün regierten Bezirk Berlins. Dabei war sie als Kritikerin in die Verhandlungen zur Zählgemeinschaft gegangen. Schwarz-Grün schien undenkbar. Heute bilanziert sie: „Schwarz-Grün funktioniert – in manchen Bereichen besser, in anderen schlechter.“ Aber sicher ist auch: „Wir konnten nie so viel grüne Inhalte umsetzen, wie in diesen fünf Jahren.“ Ihr Erfolgsrezept: „Reden, reden, reden!“

Reden will sie auch mit den Bürgerinnen und Bürgern. „Ich glaube, nirgendwo in Berlin gibt es eine so engagierte Bürgerschaft, wie hier in Steglitz-Zehlendorf“, meint Christa Markl-Vieto. „Nur die Politik hört nicht immer so hin, wie sie müsste.“ Sie will eine neue politische Kultur etablieren. „Wir wollen die Menschen direkt mit einbeziehen, aber auch in Verantwortung nehmen. Wenn die Politik frühzeitig über geplante Vorhaben diskutiert, dann vermeiden wir am Ende unnötigen Wirbel!“ Aufwirbeln wird Christa Markl-Vieto das bürgerliche Steglitz-Zehlendorf ganz sicher. Sie wäre die erste Grüne und zugleich die erste Frau im Bürgermeisteramt.

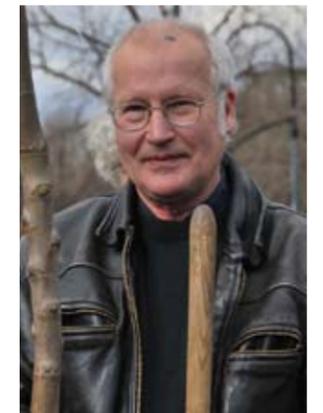
Ronald Wenke

FRANZ SCHULZ, (AMTSINHABER) FRIEDRICHSHAIN-KREUZBERG

Dr. Franz Schulz ist bereits seit 2006 Bürgermeister von Friedrichshain-Kreuzberg, dem einzigen der zwölf Berliner Bezirke, der einen grünen Bürgermeister hat. Zugleich ist Friedrichshain-Kreuzberg mit seinen 270 000 Einwohnern die größte „Stadt“ der Bundesrepublik, die eine grüne Verwaltungsspitze hat. Schulz ist promovierter Physiker und war bereits von 1996 bis 2000 Bürgermeister des damals eigenständigen Bezirks Kreuzberg. Danach war der heute 62-jährige bis 2006 Baustadtrat im Fusionsbezirk.

Der Bezirk hat sich in den vergangenen Jahren vom Sorgenkind Berlins zum familienfreundlichen Trend- und Ausgehbezirk gewandelt. Die Kehrseite der Medaille sind enorme Mietsteigerungen und soziale Verdrängungsprozesse. Schulz hat aus diesem Grund als einer der Ersten in Berlin Alarm geschlagen und das Thema auf die politische Agenda gesetzt. Sein Ziel: MieterInnen mit geringem Einkommen vor Verdrängung aus ihrem Wohnumfeld zu schützen.

Weitere Projekte, für die er sich seit Jahren engagiert, sind eine pädagogisch sinnvolle und zugleich energetische Sanierung der Schulen. Im Bereich Klimaschutz hat er gemeinsam mit VertreterInnen aus Bezirksgruppe und Fraktion das Klimaschutzprogramm 2020 für Friedrichshain-Kreuzberg entwickelt, das heute bereits aus über 100 Projekten besteht. Schulz ist übrigens der Einzige der Berliner Bürgermeister, der seinen Dienstwagen der Umwelt zur Liebe abgeschafft hat.



Um den Bezirk noch lebenswerter zu machen, setzt sich Schulz nicht nur für verkehrsberuhigte Wohnkiese und mehr Platz für Fahrräder auf den Straßen, sondern auch für mehr Bäume und Parkflächen ein. Erfolge der vergangenen Jahre sind die Grünflächen Gleisdreieck, Park an der Spree und der East-Side-Park am Spreeufer, das er Schritt für Schritt weiter für alle öffnen will.

Christian Honnens

UNSERE LANDESLISTE - UNSERE ERSTEN ZWANZIG

Gute Politik braucht auch engagierte Menschen, die aus grauer Theorie bunte Realität machen. Auf der Landesmitgliederversammlung am 9. April und der Landesdelegiertenkonferenz eine Woche später haben wir insgesamt 74 Personen auf unsere Liste zur Abgeordnetenhauswahl nominiert. Die ersten zwanzig stellen sich Euch hier vor. rw/ub



RENATE KÜNAST
Kandidatin für das Amt der Regierenden Bürgermeisterin.
Themen: Bildung, Arbeit, Klima

PLATZ 1



RAMONA POP, Mda
34 Jahre, Politikwissenschaftlerin, Fraktionsvorsitzende der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen im Abgeordnetenhaus
„Mein wichtigstes Ziel: Sozialen Zusammenhalt mit wirtschaftlicher Entwicklung und ökologischer Verantwortung verbinden. Ich kämpfe für bezahlbare Mieten und bessere Bildung für alle Kinder.“

PLATZ 2



ANTJE KAPEK
34 Jahre, Geografin und Stadt- und Regionalplanerin
"Gemeinsam mit Architekten und Planern genauso wie mit interessierten BürgerInnen wünsche ich mir endlich wieder eine offene Debatte über die künftige Gestaltung unserer Stadt für eine neue Vision für das Berlin von Morgen."

PLATZ 3



VOLKER RATZMANN, Mda
50 Jahre, Rechtsanwalt
„In den nächsten Jahren kommt es auf die sozial-ökologische Modernisierung unserer Gesellschaft an. Mit der Green Economy, mit erneuerbaren Energien und mit neuen Technologien unsere Wirtschaft zukunftsfähig zu machen und Arbeitsplätze zu schaffen, darauf kommt es an. Ein gerechteres Sozialsystem, Bildung für alle und eine neue politische Kultur – das sind meine politischen Ziele.“

PLATZ 4



ANJA SCHILLHANECK, Mda
37 Jahre, Sozialpädagogin
"Das Recht auf Bildung gilt es ‚für alle zu verwirklichen. Es ist keine Frage von ‚vergeudeten Humanressourcen‘, wenn gesellschaftliche Teilhabe direkt an den Bildungsgrad geknüpft ist und der Bildungsgrad direkt an die Herkunft es ist eine Frage von Gerechtigkeit! Ich setze mich deswegen unter anderem dafür ein, dass Bachelor- und Masterstudiengänge endlich studierbar werden - mit individuellem Studieren, und Vereinbarkeit mit Familie, Erwerbsarbeit und politischem und sozialem Engagement als Leitmotiven."

PLATZ 5



STEFAN GELBHAAR
34 Jahre, Rechtsanwalt
„Dem Osten mehr Stimme geben, die A 100 verhindern und eine nachhaltige Entwicklung Berlins einleiten, insgesamt einen gerechten Ausgleich schaffen – dafür will ich arbeiten.“

PLATZ 6



CLAUDIA HÄMMERLING, Mda
56 Jahre, Lehrerin
„Mobilität muss energie- und klimaeffizienter werden und bezahlbar bleiben. Das heißt: Vorrang für Radfahren, zu Fuß gehen und die öffentlichen Verkehrsmittel. Letztere werden konsequent beschleunigt. Das spart Geld, Zeit, Nerven, Energie und CO2. Statt A 100 gibt's Lärmschutz.“

PLATZ 7



ÖZCAN MUTLU, Mda
42 Jahre, Dipl. Ingenieur der Nachrichtentechnik
"Ich will, dass unsere Kinder und Jugendlichen durch gute Bildung zu selbstbewussten Bürgerinnen und Bürgern werden und gesellschaftliche Verantwortung übernehmen. Bildung ist die Basis für erfolgreiche Integration. Deshalb trete ich für eine Bildungs- und Sprachoffensive für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund ein. Kurzum: Chancengleichheit und gute Bildung für alle, maßgeschneiderte Bildung statt Bildung von der Stange. Dafür will ich kämpfen."

PLATZ 8



SABINE BANGERT
56 Jahre, wissenschaftliche Mitarbeiterin
„Wir dürfen nicht hinnehmen, dass viele erwerbslose Menschen keine Perspektive mehr auf dem Arbeitsmarkt haben sollen. Diese Menschen fortzubilden, zu qualifizieren, muss das zentrale Ziel der Berliner Arbeitsmarktpolitik werden.“

PLATZ 9



MICHAEL SCHÄFER, Mda
38 Jahre, freiberuflicher Texter
„Meine Themen: das Klima-Stadtwerk für Berlin, ein wirksames Klimaschutzgesetz, Berlins Beitrag zum Atomausstieg.“

PLATZ 10



CLARA HERRMANN, Mda
26 Jahre, Diplom-Geografin
„Meine Ziele: Mehr und echte Mitbestimmung für starke Kinder und Jugendliche, eine gerechte und nachhaltige Haushaltspolitik und ein tolerantes, welt-offenes Berlin, in dem für alte und neue Nazis und geistige BrandstifterInnen kein Platz ist.“

PLATZ 11



HEIKO THOMAS
41 Jahre, Politikwissenschaftler, Gas- und Wasserinstallateur
„Berlin braucht eine nachhaltige Wirtschaft. Dazu gehört eine Kultur grüner Betriebswirtschaft, vom KFZ-Betrieb, über den Gas- und Wasserinstallateur bis zur Maschinenbauerin.“

PLATZ 12



FELICITAS KUBALA, Mda
55 Jahre, Volkswirtin
„Umweltpolitik endet nicht an der Stadtgrenze. Wasser, Luft und Lärm halten sich nicht an Grenzen. Daher braucht es regionale und globale Kooperationen für eine zukunftsfähige Umweltpolitik.“

PLATZ 13



JOCHEN ESSER, Mda
60 Jahre, Lehrer, Drucker, Journalist
„Die nächste Stadtregierung muss einen Beitrag zur Energiewende leisten. Berlin braucht ein Klimastadtwerk, damit die energetische Gebäudesanierung vorankommt und ein virtuelles Kraftwerk in der Stadt entsteht.“

PLATZ 14



KATRIN SCHMIDBERGER
28 Jahre, Sozialwissenschaftlerin und wissenschaftliche Mitarbeiterin
„Mich treibt die wachsende soziale Ungerechtigkeit in unserer Stadt um. Die Gelder in der Stadtentwicklung müssen gezielt und bedarfsorientiert verteilt werden. Bezahlbarer Wohnraum ist ein Grundrecht und kein Spekulationsobjekt.“

PLATZ 15



BENEDIKT LUX, Mda
29 Jahre, Rechtsanwalt und Strafverteidiger
„Unsere Demokratie wird zurzeit neu belebt. Die Berliner_innen mischen sich ein und fordern mehr als nur alle paar Jahre ein neues Parlament zu wählen. Dafür braucht es eine offenere politische Kultur, faire Volksbegehren und mehr Bürgerbeteiligung.“

PLATZ 16



CANAN BAYRAM, Mda
54 Jahre, Rechtsanwältin
„Antidiskriminierung gilt auch für diskriminierungsfreien Zugang zu politischen Rechten. Daher setze ich mich für eine Landesverfassungsänderung ein, damit Menschen ohne deutschen bzw. europäischen Pass ihre BVV wählen können.“

PLATZ 17



HARALD MORITZ
54 Jahre, Kfz-Servicetechniker
„Berlin braucht eine nachhaltige Verkehrspolitik, die intelligente Mobilitätslösungen findet. Dazu gehört auch eine gute Anbindung des BBI an alle Stadtteile. Berlin braucht aber keine A 100, die kostspielig und unsinnig ist.“

PLATZ 18



ANJA KOFBINGER, Mda
51 Jahre, Vermessungstechnikerin und Projektmanagerin
„Von einer innovativen Frauen- und Gleichstellungspolitik profitieren alle. Dazu gehört mehr Geschlechterdemokratie in Schule und Kita, damit kein Geschlecht zu den Bildungsverlierer_innen gehört.“

PLATZ 19



THOMAS BIRK, Mda
49 Jahre, Politologe
„Wir brauchen eine umfassende Aufgabenkritik, auf deren Basis wir Verwaltungsmodernisierung mit gezielter Personalentwicklung, E-Government mit mehr Transparenz, Stärkung der Bezirke mit besserem Bürgerservice verbinden.“

PLATZ 20

25 JAHRE TSCHERNOBYL

von Renate Künast

Vor 25 Jahren explodierte Block 4 des russischen Atomkraftwerks in Tschernobyl. Ich war 31 Jahre alt und saß für die Alternative Liste im Abgeordnetenhaus Berlin (West). Erst zwei Tage nach dem Unfall hat die Welt davon erfahren. Wir haben sofort angefangen, die BürgerInnen zu informieren über die Gesundheitsfragen, die folgen werden. Außerdem haben wir Druck auf den Senat und die Landesämter gemacht, damit sie offizielle Informationen rausgeben. In den ersten Tagen war die Situation surreal. Am 30. April und 1. Mai 1986 schien die Sonne und die BerlinerInnen saßen mit ihren Kindern auf den Wiesen der Stadt. Wer sich vorher nicht mit dem Thema Radioaktivität beschäftigt hatte, kam gar nicht auf die Idee des radioaktiven Niederschlags auf den Wiesen und Spielplätzen. Ab dem 2. Mai liefen dann bei uns die Telefone heiß. Die Fraktion war ein einziges riesiges Call-Center, das rund um die Uhr arbeitete.

Ich war schon Jahre vorher in der AKW-Bewegung aktiv. Diese Frühlingstage 1986 haben mir aber einmal mehr klargemacht, warum die Grünen so wichtig sind. Wir waren die einzige Partei, die die Atomgefahr in den Parlamenten thematisierte. Die anderen Parteien haben nicht verstehen wollen, wo das Problem liegt. Noch heute leiden wir an dem Fortschrittsbegriff der anderen, der anwendet, was technisch machbar ist. Wir Grüne wissen, dass wir die Erde von unseren Kindern nur geborgt haben. Wir wollen nicht auf Kosten anderer leben und keine unbeherrschbaren Risikotechnologien anwenden.

Jetzt, ein viertel Jahrhundert später, steht in Fukushima eine neue Atomruine. Die Welt weiß nach Tschernobyl, was das für die kommenden Generationen bedeutet. Wir müssen endlich und endgültig raus aus der Atomkraft. Berlin muss dabei mitmachen: Strom sparen und auf erneuerbare Energien umstellen. Wir haben ein Umstiegskonzept für Berlin vorgelegt. Und ab dem 18. September 2011 steigt Berlin aus!

Renate Künast, Kandidatin für das Amt der regierenden Bürgermeisterin von Berlin



Classroom in Kindergarten # 7, Pripjat, 2001 © Robert Polidori



© Andrij Kremetschouk: Menschen in der Sperrzone, 2001

„Es gibt keine Rückkehr. Verabschiede Dich, Pripjat. 28. April 1986.“

steht auf der Tafel der Schulklasse mit Kreide geschrieben. Der Abschiedsgruß gilt einer Stadt, viereinhalb Kilometer vom Unglücksreaktor Tschernobyl entfernt, die nur 16 Jahre alt wurde: Pripjat, einst bewohnt von 40.000 Einwohnern und eigens errichtet für die Mitarbeiter des AKW Tschernobyl. Rund um den Reaktor wurden 350.000 Menschen zwangsevakuert. Damit endet die über fünfeinhalbtausend Jahre alte Kulturgeschichte des Gebietes Tschornobylske Polissja. Die verstrahlte Sperrzone von 30 km um den Sarkophag des Atommeilers wird auf unabsehbare Zeit existieren. Fünf Jahre nach dem GAU machten sich die Forscher auf eine gefährliche Reise, um für Museen zu retten was zu retten war – die Bilder sind Aufnahmen aus dem Jahr 2001. Mehr als 400 Dörfer wurden eingeebnet oder verfallen menschenleer. Einst belebte Städte sind seit 25 Jahren Geisterstädte, das historisch bedeutende Tschernobyl fast unbewohnt; die verstrahlte Natur erobert sich den Raum zurück und Einige wollten bleiben - in einem Leben jenseits der Grenzwerte. Fast ikonographisch wirkt das anklagende Foto von Alexander Kremetschouk. Bilder, die sich in 25 Jahren in der Region um Fukushima sehr wahrscheinlich wiederholen werden.

Oliver Münchhoff/Christian Könneke

DER ATOMAUSSTIEG IST MACHBAR!

von Bärbel Höhn

Seit der Reaktorkatastrophe von Fukushima gibt es einen breiten gesellschaftlichen Konsens, schnell aus der Atomkraft und ihren unbeherrschbaren Risiken auszusteigen. Aufgabe der Politik muss es nun sein, diesen neuen Konsens umzusetzen. Zahlreiche unabhängige Studien zeigen: Ein Atomausstieg bis zum Ende der nächsten Legislaturperiode, wie wir Grüne ihn fordern, ist machbar. Man muss ihn nur wollen. Die von den Freunden der Atomenergie geschürten Zweifel und Bedenken an der Realisierbarkeit eines schnellen Ausstiegs erweisen sich bei näherem Hinsehen als Schreckgespenster.

Die Lichter gehen nicht aus

Ohne Strom ist unser modernes Leben nicht denkbar. Auch die Industrie ist auf eine verlässliche Stromversorgung angewiesen. Deshalb sorgen die Warnungen der Atomlobby vor einer angeblich drohenden „Stromlücke“ für tiefe Verunsicherung. Doch die Sorge vor einem Blackout ist unbegründet. Deutschland ist seit Jahren Stromexporteur und verfügt über mehr als genug gesicherte Kraftwerksleistung, um die Abschaltung der siebzehn Atomkraftwerke auszugleichen.

Deshalb ist auch ohne Atomkraft immer genug Strom da, selbst in Zeiten der größten Stromnachfrage. Das bestätigen aktuelle Untersuchungen des Ökoinstituts, aber auch atomfreundlicher Organisationen wie des Bundesverbands der deutschen Industrie oder der Vereinigung der bayerischen Wirtschaft. Auf einem Hearing der grünen Bundestagsfraktion Anfang Mai versicherte sogar der Vorstandsvorsitzende der Kraftwerkssparte von RWE, Dr. Johannes Lambert, die Gefahr von Stromausfällen sehe er auch bei einem schnellen Atomausstieg nicht.

Hinzu kommt: Erneuerbare Energien und Energieeffizienz machen Atomstrom immer entbehrlicher. Fachleute rechnen vor, dass wir allein durch Effizienzmaßnahmen, die sich wirtschaftlich rechnen, jedes Jahr ein Atomkraftwerk wegsparen könnten. Und wenn die erneuerbaren Energien ihren Anteil an der Stromversorgung bis 2020 von heute 17 Prozent auf über 40 Prozent erhöhen, macht dieses Wachstum die gesamte Stromproduktion aller deutschen Atomkraftwerke wett.

Keine Atomimporte für den Atomausstieg

Aus diesen Gründen ist auch nicht zu befürchten, dass Deutschland nach dem Atomausstieg verstärkt auf Stromimporte angewiesen wäre, schon gar nicht auf Atomstrom aus Frankreich oder Tschechien. Zwar hat die plötzliche Abschaltung der sieben ältesten AKW kurzfristig zu einer leichten Steigerung der deutschen Stromeinfuhr geführt. Beim Hauptlieferanten Frankreich wurde dafür aber, wie eine Studie des WWF darlegt, keine Kilowattstunde Atomstrom zusätzlich produziert. Und mit dem weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien in Deutschland und der Inbetriebnahme neuer Gaskraftwerke werden sich Exporte und Importe bald wieder angleichen.

Bei einem vollständigen Atomausstieg bis 2017 rechnet der BDI für den Rest der Dekade mit einem Importbedarf von netto gerade einmal 3 Terrawattstunden Strom im Jahr – weniger als 0,5 Prozent des deutschen Strombedarfs. Damit wäre es zwar mit den großen Exportschüssen, die Deutschland in den letzten Jahren durch den Ausbau von Wind- und Sonnenstrom erreicht hatte, erst einmal vorbei. Von Importabhängigkeit kann aber keine Rede sein. Zum Vergleich: Die Energieszenarien der schwarz-gelben Bundesregierung vom Herbst 2010 sahen – trotz Laufzeitverlängerungen – einen langfristigen Stromimportanteil von 20 bis 30 Prozent vor. Da ist es wenig glaubwürdig, wenn Politiker von Union und FDP nun mit düsterem Unterton vor der drohenden Importabhängigkeit im Fall eines schnellen Atomausstiegs warnen.

Strom bleibt bezahlbar

Das Gleiche gilt für die Mahnung, Strom müsse auch nach dem Atomausstieg bezahlbar bleiben. Seit dem Amtsantritt von Kanzlerin Merkel sind die Verbraucherpreise für Strom von rund 18 Cent 2005 auf um die 25 Cent pro Kilowattstunde 2011 gestiegen – ein Preisanstieg um fast 40 Prozent. Verglichen damit fallen die für einen schnellen Atomausstieg prognostizierten zusätzlichen 0,5 bis 1 Cent je Kilowattstunde oder zwei bis vier Prozent des Gesamtpreises kaum ins Gewicht. Zumal diese Kostenschätzung die immensen gesellschaftlichen Kosten der Atomkraft ausblendet: Die Sanierung der maroden Atomendlager in der



© Oliver Münchhoff



Bärbel in Gorleben

Asse und in Morsleben wird die Steuerzahler mit mindestens 6 Milliarden belasten und die unvorstellbaren Schäden eines Atomunfalls wie in Fukushima fielen am Ende auch der Allgemeinheit der Steuerzahler zur Last.

Die Mär vom billigen Atomstrom ist eine Lüge, wie die Japaner leidvoll bestätigen können. Billig ist Atomkraft nur für die Atomkonzerne. Sie können den Strom in ihren abgeschriebenen Altmeilern relativ günstig erzeugen und dann zum deutlich höheren Börsenpreis teuer verkaufen. Denn der Börsenpreis orientiert sich an den Produktionskosten des teuersten der jeweils zur Deckung des Strombedarfs benötigten Kraftwerke, in der Regel einem Kohle- oder Gaskraftwerk. Die Preisdifferenz bringt den Atomkonzernen geschätzte 1 Million Euro Gewinn pro Tag und Kraftwerk. Die Verbraucher profitieren davon kaum. Für das Problem steigender Strompreise ist Atomenergie deshalb keine Lösung - wohl aber Energieeffizienz und die immer preisgünstiger werdenden erneuerbaren Energien. Neue Kohlekraftwerke werden nicht gebraucht

Auch der Klimaschutz ist kein Argument gegen den schnellen Atomausstieg. Zwar stimmt, dass die schnelle Abschaltung der Atomreaktoren in Deutschland kurzfristig zu steigendem CO2-Ausstoß führen dürfte. Europaweit betrachtet bleiben die Emissionen aber stabil. Denn das Emissionshandelssystem der EU setzt für Treibhausgase eine feste europäische Obergrenze. Das heißt: Was an einem Ort in Europa zusätzlich emittiert wird, muss an anderer Stelle wieder eingespart werden. Hinzu kommt, dass der Atomausstieg den Startschuss für verstärkte Investitionen in erneuerbare Energien und klimafreundliche KWK-Kraftwerke geben wird. Viele Projekte, die bisher mit Blick auf die AKW-Laufzeitverlängerungen und die Marktmacht der großen Atomkonzerne auf Eis lagen, werden jetzt zum Durchbruch kommen.

Dagegen dürfen neue Kohlekraftwerke keine Chance bekommen. Mit ihrem extremen CO2-Ausstoß und Betriebszeiten von 40 bis 60 Jahren würden sie die Erreichung der Klimaschutzziele dauerhaft in Frage stellen. Die gute Nachricht: Durch den Atomausstieg werden CO2-Zertifi-

kate teurer und Kohlekraftwerke damit unattraktiver. Um sicher zu gehen, sollte die Politik den Bau neuer Kohlemeiler durch ein nationales Klimaschutzgesetz und die Festlegung von Klimaschutzstandards für Kraftwerke unterbinden. Als Ergänzung für die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien sind moderne Gas-Kraftwerke ohnehin die bessere Wahl.

Atomausstieg als Chance

Fazit: Ein schneller Atomausstieg ist machbar – ökologisch, sozial und wirtschaftlich. Über die Diskussion der Einwände der Atomfreunde sollten die enormen Chancen des Atomausstiegs nicht in Vergessenheit geraten: Neue Jobs und Zukunftsmärkte bei erneuerbaren Energien und Energieeffizienz. Mehr Wettbewerb auf dem Strommarkt durch Schwächung der Marktmacht der vier großen Stromkonzerne. Eine weltweit beachtete Vorbildrolle Deutschlands in der Energiepolitik. Und die Sicherheit, dass sich die Katastrophen von Tschernobyl und Fukushima in unserem Land nicht wiederholen können.



© Oliver Münchhoff

BRANDENBURG: ROT-ROT MACHT WERBEFELDZUG FÜR KLIMASCHÄDLICHSTEN BRENNSTOFF

Greenpeace hat gerade eine neue Studie über mögliche Endlager für Kohlendioxid herausgegeben und Brandenburg ist ganz vorne dabei. Über CCS und Kohle in Brandenburg sprach Oliver Münchhoff mit der Landesvorsitzenden der Brandenburger Grünen, Annalena Baerbock.

JÄNSCHWALDE BRAUCHT KOHLEN – WIE IST DER AKTUELLE KOHLESTAND?

Annalena: Aktuell wird aktiv Braunkohletagebau betrieben und das wird bis ca. 2030 auch so bleiben. Bis dahin liegen Genehmigungen zum Abbau vor, die rechtlich bindend sind. Allerdings hat Vattenfall jetzt bereits schon Anträge zur Erschließung weiterer Tagebaugebiete gestellt, bereitet also die weitere Kohleverstromung nach 2030 vor. Laut Koalitionsvertrag der rot-roten Regierung sollte es aber ohne drastische Senkung des CO2-Ausstoßes keine neuen Kohlekraftwerke und damit auch keine neuen Tagebau in Brandenburg geben. Daher kämpft die Landesregierung derzeit so für CCS, also die Verpressung von Kohlendioxid.

IST DAS EINE GEEIGNETE KLIMASCHUTZMASSNAHME ODER LEDIGLICH EIN GREENWASHING DER KOHLE?

Annalena: Die Folgen einer Verpressung hochkonzentrierter Kohlendioxids sind derzeit überhaupt nicht absehbar. Die Technologie befindet sich noch im Forschungsstadium, so dass bei Festlegungen zugunsten von CCS auch ein derzeit nicht quantifizierbares Risiko mit auf dem Weg gebracht werden würde. So ist etwa fraglich, ob es nicht zu Verunreinigungen von Trinkwasser kommen könnte. Gesteinsschichten sind keine abgeschlossenen Behälter. Bei Lagerstätten nahe Berlin betrifft das auch die Großstadt. Und der Effizienzgrad, der bei der Braunkohleverstromung sowieso schon schlecht ist, wird weiter sinken, denn das Kohlendioxid muss abgetrennt und verpresst werden. Das kostet Energie.

WARUM WILL MAN SOLCHE VERFAHREN? BRAUCHT MAN KOHLE ZUR GRUNDVERSORGUNG?

Annalena: Die Regierung weiß sehr genau, dass die Brandenburger Klimaziele nicht erreichbar sind mit den Dreck-

schleudern in der Lausitz. Auch wird die Verstromung von Braunkohle finanziell nicht mehr rentabel sein, wenn der europäische Emissionshandel greift. Durch die Verpressung von Kohlendioxid, will man die Werte senken. Der CCS-Kampf von Rot-Rot ist derzeit nichts anderes als der Versuch des Greenwashings von Kohle.

GIBT ES WIDERSTAND IM LAND GEGEN CCS?

Annalena: Ja, vor allem in den Orten wie Beeskow, die schon ganz früh als Versuchslabore angedacht waren. Hier sind auch viele Grüne aktiv. Allerdings ist der Landesregierung in ihrem CCS- und Kohle-Werbefeldzug scheinbar jedes Mittel recht. So unterstellt Platzeck den Kritikern der Kohle, sie würden von heute auf morgen 10 000 rund um die Braunkohle Beschäftigte auf die Straße setzen wollen. Dabei fordern weder wir Grünen noch die Umweltverbände einen Sofortausstieg, denn rechtlich ist an den bis etwa 2030 erteilten Genehmigungen für den Braunkohleabbau nicht zu rütteln.

IN DER WAHLKAMPFKEULE DER TAZ WURDE SÜFFISANT ANGEMERKT: „GRÜNE UNTERSTÜTZEN GRÜNE“. NACH DEM MOTTO: DIE BRANDENBURGER GRÜNEN MACHEN MOBIL FÜR DEN BERLINER WAHLKAMPF. WIRD DA WAS UNTERSCHÄTZT?

Annalena: (lacht) Ach, die taz. Auch wenn die uns Brandenburgern anscheinend nicht viel zutrauen als kleiner Haufen, wir unterstützen Euch natürlich mit allen Mitteln. Eine grüne Regierung in Berlin wird erhebliche Ausstrahlungswirkung auf Brandenburg haben. Viele Berliner sind gerade im Sommer bei uns an den Badeseen unterwegs. Und da haben wir mit Bettina und Daniel einfach mal überlegt, für Euch Wahlkampf an den Seen zu machen.

HERZLICHEN DANK FÜR DAS GESPRÄCH UND BIS ZUM 18. SEPTEMBER IM KOSMOS?

Annalena: Na, da bin ich auf jeden Fall. Oder wir treffen uns im Sommer am See.

WOHER KOMMEN DIE GRÜNEN WÄHLER?

EINE WAHLANALYSE AM BEISPIEL BADEN-WÜRTTEMBERG

von Christine Dörner

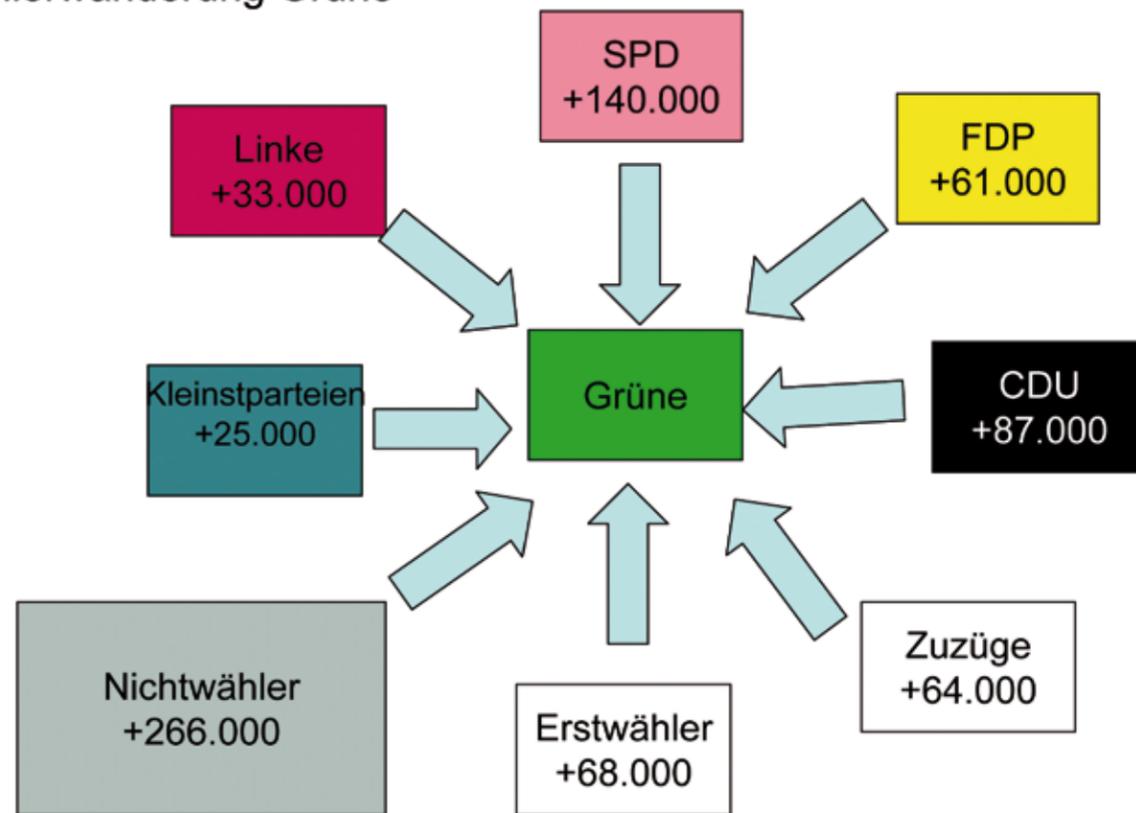
In Baden-Württemberg haben die Grünen ein sensationelles Ergebnis erzielt und stellen den ersten grünen Ministerpräsidenten. Rekordanteil für die Grünen mit 24,2 Prozent der Stimmen, die Grünen das erste Mal vor der SPD, die historisch schlechtesten Wahlergebnisse für CDU und FDP.

Wie ist dieses Ergebnis zu erklären? Auf Grundlage der Daten von Infratest dimap wird dieser Frage im Folgenden nachgegangen.

Wählerwanderungen

Analysiert man die Wählerwanderungen, sind die Grünen die wahren Gewinner. Für sie stimmten insgesamt über 1,2 Millionen Wahlberechtigte. Dabei konnten die Grünen aus allen Lagern Stimmen gewinnen, wie die folgende Grafik zeigt:

Wählerwanderung Grüne



Quelle: Infratest dimap

Interessant ist, dass die Grünen vor allem die Nichtwähler mobilisieren konnten. Dort erhielten sie den größten Anteil von 266 000 Stimmen.

Strukturelle Faktoren

Weniger überraschend ist dagegen die Wählerstruktur: Wie bekannt sind die Grünen besonders in der Altersgruppe der 35- bis 44-Jährigen stark, die Delle bei den älteren Wählern ist jedoch diesmal ausgeblieben. Von den Ab-60-Jährigen gaben 14 Prozent ihre Stimme den Grünen.

Was die Berufsstruktur der Wähler angeht, ist die Partei überdurchschnittlich von Angestellten und sehr stark von Selbstständigen gewählt worden. Aber auch bei den Arbeitslosen hat sie mit 26 Prozent einen bemerkenswerten Erfolg erzielt. Höchste Affinität zu den Grünen haben wie immer Frauen unter 60 Jahre, Beamte, Menschen in urbanen Zentren und Höhergebildete.

Wahlentscheidende Themen

Spannend ist die Frage nach den Motiven der Wählerinnen und Wähler. Da ist zuerst einmal die Unzufriedenheit mit der Regierung, die vor allem seit der letzten Landtagswahl rapide zugenommen hat. 2006 gaben immerhin noch 58 Prozent der Wähler an, mit der Regierung zufrieden zu sein. 2011 waren es nur noch 41 Prozent. Daraus resultiert eine starke Wechselstimmung, die ab Februar 2011 sprunghaft um zehn Prozentpunkte (von 49 auf 59 Prozent) zugelegt hat.

In der Reihe der wahlentscheidenden Themen steht ganz oben Fukushima, das einen großen Einfluss hatte. 47 Prozent der Wähler nannten die Atom- und Umweltpolitik als wichtigstes Thema. Im Vergleich zu 2006 ist dieses ein Plus von 40 Prozent. Damit löste es als wichtigstes Problem für die Baden-Württemberger die Arbeitslosigkeit ab, die bei dieser Wahl nur von 17 Prozent genannt wurde, was im Vergleich zu 2006 ein Minus von 48 Prozent bedeutet. Lediglich 20 Prozent der Wähler hielten den Wechsel in der Atompolitik der Bundesregierung für glaubwürdig, 78 Prozent sahen in ihm ein Wahlkampfmanöver. Merkels Versuch, mit dem Moratorium zu punkten, ist massiv gescheitert und hat das Gegenteil bewirkt. Unter den Parteien,

denen am ehesten der richtige Umgang mit Atompolitik zugetraut wurde, ließen die Grünen mit 60 Prozent Zustimmung die CDU (19 Prozent) und die SPD (10 Prozent) weit hinter sich.

In etwa gleich geblieben ist die Dringlichkeit der Bildungspolitik (34 Prozent; 2006: +7), die generell bei Wahlen sukzessiv an Bedeutung gewinnt.

Natürlich hat in Baden-Württemberg auch Stuttgart 21 eine wichtige Rolle gespielt. Jeder dritter Wähler in Stuttgart hielt es für das wahlentscheidende Thema, noch vor der Wirtschaft- und Bildungspolitik. Im ganzen Bundesland stuften immerhin noch 15 Prozent das umstrittene Bahnprojekt als wahlentscheidend ein. Interessant ist auch der Zeitverlauf in der Einstellung zum Projekt. Vor der Schlichtung war eine klare Mehrheit gegen den Bau (54 Prozent), nach der Schlichtung sprach sich eine Mehrheit auf Landesebene dafür aus (54 Prozent). Dies ist ein Beispiel dafür, wie ein als fair empfundener Schlichtungsprozess zur Akzeptanz beitragen kann, ohne dass sich in der Sache etwas geändert hat. Mittlerweile hat sich die Stimmung wieder gedreht, Befürworter und Ablehner halten sich die Waage.

Die Daten legen die Schlussfolgerung nahe, dass sowohl der grüne Spitzenkandidat als auch die grün-rote Regierungskoalition keineswegs ein Unfall war, sondern eine bewusste Entscheidung der Wähler. Winfried Kretschmann lag mit 44 Prozent Zustimmung zur politischen Arbeit vor allen anderen Spitzenkandidaten, gefolgt von Nils Schmid mit 42 Prozent und Stefan Mappus mit 33 Prozent. Bemerkenswert auch: Jeder dritte Baden-Württemberger hatte Kretschmann im Vorfeld zugetraut, das Land als Ministerpräsident zu führen. Ebenso haben 52 Prozent der Wähler als Wunschkoalition Rot-Grün angegeben. Für eine große Koalition stimmten nur 47 Prozent. Die Dagegen-Partei-Kampagne der CDU hat demnach nicht gefruchtet. Es ist den Grünen gelungen, massiv ins bürgerliche Lager einzudringen und Wähler zu binden. Jeder zweite Baden-Württemberger sah in den Grünen eine gute Alternative für enttäuschte CDU-Wähler. Dieses ist im Wesentlichen auf die Glaubwürdigkeit der Grünen zurückzuführen, die ihr deutlich stärker attestiert wird als allen anderen Wettbewerbern.

HILFE FÜR DIE DEMOKRATIEBEWEGUNG IN LIBYEN – ABER NICHT MIT KRIEG

von Hans-Christian Ströbele

Zivilisten kann man schlecht retten mit Krieg, in dem Zivilisten getötet werden. Und Militäreinsätze sind nicht zu verantworten, wenn vorher nicht alle anderen Mittel genutzt wurden. Verhandlungen, konsequentes Waffen- und Ölembargo und Kontensperrungen gab es vor der Intervention in Libyen nicht. Der Luftkrieg begann schon wenige Stunden nach Verabschiedung der UN-Resolution, die doch Waffenstillstand und Verhandlungen forderte. Schon deshalb war ich gegen den Luftkrieg der NATO in Libyen.

In Libyen gab es nach Tunesien und Ägypten den dritten Aufbruch zur Demokratie in Nordafrika. Tausende gingen gegen den Despoten Gaddafi auf die Straße. Alle Welt, sogar die Geheimdienste, war völlig überrascht. Einmischung von Außen gab es zunächst nicht. Islamisten spielten keine Rolle. Unsere Sympathien waren uneingeschränkt auf Seiten der Befreiungsbewegungen.

Die Demonstrationen hatten immer mehr Zulauf. Viele Soldaten Gaddafis weigerten sich zu schießen und liefen sogar über. Dann wurde aus dem demokratischen Aufbruch ein Aufstand und Bürgerkrieg. Die Elitetruppen schossen auf Demonstranten. EU-Staaten und die USA haben Gaddafi lange unterstützt trotz brutaler Unterdrückung und Menschenrechtsverletzungen. Libysches Öl und ein Bollwerk gegen afrikanische Flüchtlinge machten ihn attraktiv. Er erhielt Waffen und deutsche Sicherheitsexperten bildeten seine Elitesoldaten aus. Dank dieser Hilfe eroberte er Städte zurück. Er drohte kurz vor der Einnahme Bengasis mit einem Blutbad. Nun beschlossen die Vereinten Nationen Gewaltmaßnahmen zum Schutz der Bevölkerung und eine Flugverbotszone.

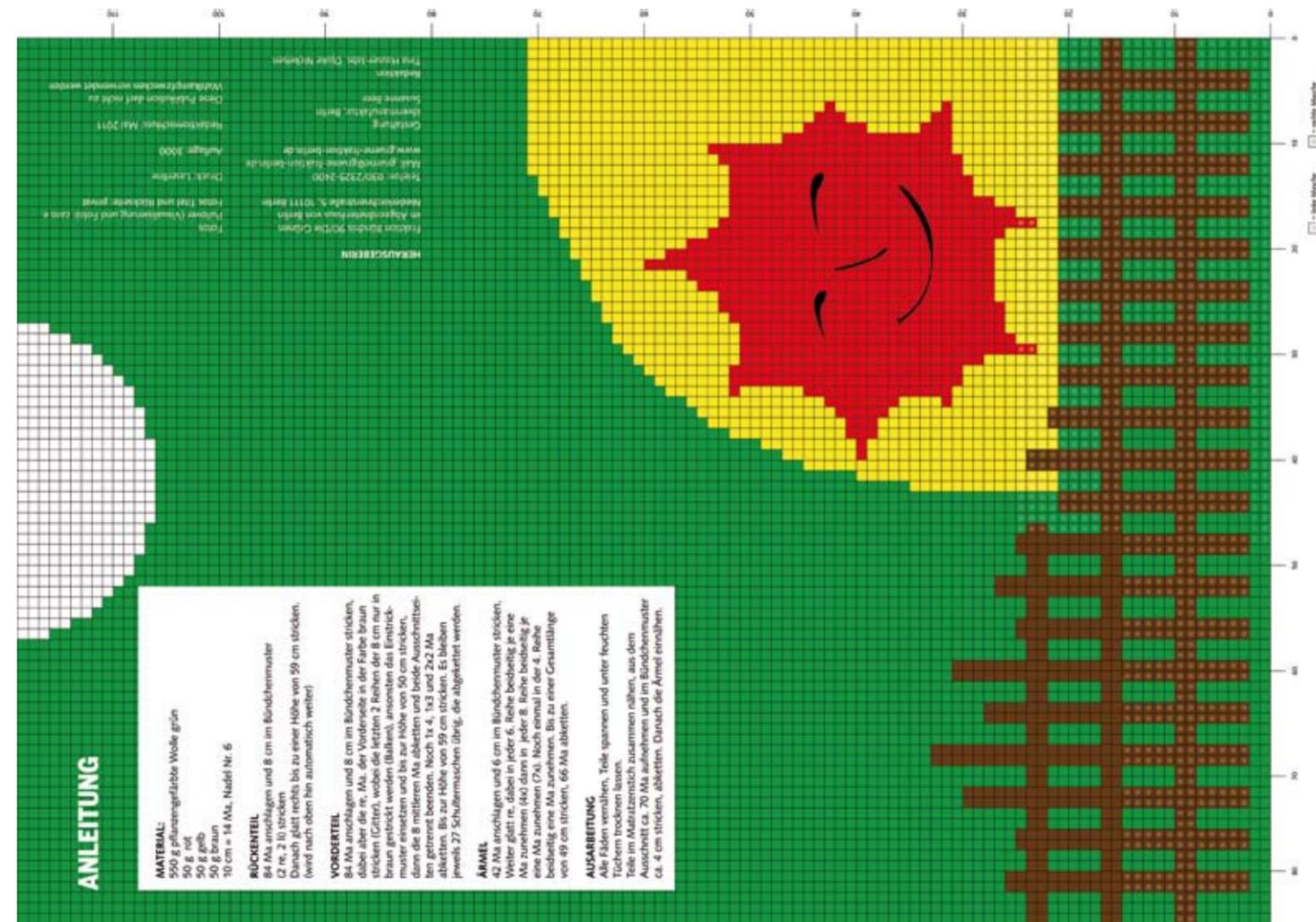
Seit dem 18. März 2011 haben Flugzeuge aus NATO-Staaten Stellungen in den Städten Libyens schon über tausend Mal bombardiert. Nach drei Tagen waren alle Flug-

abwehrstellungen zerstört. Der Luftkrieg ging dennoch weiter. Die Zahl der zivilen Opfer ist nicht bekannt. Bomben und Raketen treffen selten genau. Die UN-Resolution ist zu weit gefasst, enthält aber auch richtige Forderungen wie die nach einem Waffenembargo und Schutz der Zivilbevölkerung.

In der Bundestagsdebatte vor Beginn der Intervention habe ich mich für das Embargo und humanitäre Hilfe eingesetzt. Bombardierungen hielt ich für falsch.

Ob tatsächlich ein Blutbad in Bengasi drohte, bleibt offen. Gaddafi hat den Aggressoren den Untergang angekündigt, mal Schonung für reumütige Rebellen. In anderen Städten, die seine Truppen zurückeroberten, gab es kein Blutbad. Bundesregierung und NATO haben keine Luftaufnahmen von bombardierten Stadtvierteln oder Hunderten Toten.

Die NATO ist inzwischen die Luftwaffe der Aufständischen. Das kann der Demokratiebewegung schaden. Gaddafi nutzt den NATO-Kriegseinsatz, um sich als Held gegen den Kreuzzug des Westens in der arabischen Welt aufzuwerten und um neue Kämpfer im Land und Hilfe von den Nachbarn zu gewinnen. Die Arabische Liga ging auf Distanz zum UN-Beschluss. Algerien, der größte Nachbarstaat, war von Anfang an dagegen. Russland und China protestieren gegen die NATO-Angriffe. Die Afrikanische Union fordert Waffenstillstand und dringt auf Verhandlungen. Aus dem Bürgerkrieg droht ein internationaler Konflikt zu werden. Deshalb sollten wir spätestens jetzt auf Verhandlungen setzen, um Gewalt und Töten zu beenden und humanitäre Hilfe sowie den demokratische Aufbruch zu ermöglichen.



WER STRICKT DEN SCHÖNSTEN PULLOVER?



© Oliver Münchhoff, Pullover und Visualisierung: caro e.

Bei Bündnis 90/Die Grünen haben alle ein Mitspracherecht bei Entscheidungen – dazu gehört umgekehrt die Pflicht zum Zuhören. Dazu passt seit alters her ein Strickzeug! Lange geriet stricken in Vergessenheit. Schade, finden wir. Um so erfreulicher ist es, dass diese alte Handarbeitskunst in den letzten Jahren wieder stärker ins Rampenlicht gerückt ist.

Mit unserem Strickmuster für den Anti-Atom Pullover möchten wir zum Stricken ermuntern, zum Diskutieren, zum Zuhören. Wir sind gespannt: Wer strickt den schönsten Michael-Cramer Anti-Atom Pullover? Wir freuen uns sehr über ein Foto von Ihren selbst gestrickten Werken nach unserem Strickmuster. Unter allen EinsenderInnen bis zum 1. September 2011 verlosen wir einen Gutschein zum Kauf von Bio-Wolle für einen weiteren Pullover.

Mail bitte an: gruene@gruene-fraktion-berlin.de

Viele Grüße, Eure Tine Hauser-Jabs



Michael in gestrickter Sonne

„VÖLKER DER WELT, SCHAUT NICHT AUF DIESE STADT!“

von Florian Schärdel



schaftswachstumspflänzchen, das in Berlin zu sprießen begonnen hat?

In der Tat lesen sich die Zahlen der Tourismusbranche wie eine reine Erfolgsgeschichte: Berlin spielt bezogen auf die Zahl der jährlichen Übernachtungen bereits in einer Liga mit London oder Paris. Und der Senat gibt mit stolz geschwellter Brust das Ziel aus, die Zahl der Übernachtungen von derzeit 20 auf 30 Millionen steigern zu wollen. Diese Erfolge sind nicht nur gut für das Berliner Selbstbewusstsein, sie sind auch gut für die Berliner Wirtschaft. Der Senat schreibt 230 000 Arbeitsplätze dem Tourismus zu und 7 Prozent der Wirtschaftsleistung der Stadt soll auf diese Branche zurückzuführen sein. Auch wenn im Dunklen bleibt, wie der Senat diese Zahlen ermittelt haben will, ist es richtig: Der Tourismus ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für unsere Stadt geworden und das soll auch so bleiben.

Aber von den Erfolgen dürfen wir uns nicht blenden lassen. Denn leider entspricht die Wirklichkeit in der Tourismuswirtschaft nicht immer unseren Vorstellungen von einem „Green New Deal“. Oft ist sie weder sozial noch nachhaltig. Gerade bei der Beherbergung, in der Gastronomie, aber auch bei großen Veranstaltungen entstehen zahlreiche Arbeitsplätze im Niedriglohnbereich. Diese prekären Beschäftigungsverhältnisse sind kein Grund, sich für eine gelungene Wirtschaftsförderung selbst auf die Schulter zu klopfen. Hier sind der Bund und das Land Berlin gefragt, Mindestlöhne durchzusetzen und Fördermittel an die Einhaltung sozialer Standards zu

knüpfen. Auch in Punkto Nachhaltigkeit besteht Nachholbedarf. Neben den großen touristischen Anziehungspunkten wie dem Brandenburger Tor oder der Museumsinsel haben die Szene-Kieze von Prenzlauer Berg bis Neukölln an Bedeutung gewonnen. Die TouristInnen suchen das besondere, das andere Berlin. Die Folgen des bislang ungesteuerten Kiez-Tourismus sind nicht mehr zu übersehen.

So überschrieb die FAZ frei nach Ernst Reuter ihren Artikel über die Tourismus-Diskussion in den Berliner Szene-Kiezen. Dem ein oder anderen mag mulmig geworden sein, angesichts des Ärgers, der sich in der Diskussion Bahn brach. Und die Grünen waren wieder mittendrin. Was also ist dran an den Ängsten vor „zu viel“ Tourismus? Zertreten wir nicht auf diese Weise eines der wenigen zarten Wirt-

Die Oranienburger Straße vermittelt einen Eindruck davon, was der Kastanienallee oder der Bergmannstraße bereits blüht: Tante-Emma-Laden, Trödler oder Buchhandlungen, Cocktailbars und Geschäfte für teure Klamotten. Damit aber verlieren die Kieze an Attraktivität für die TouristInnen, die gerade die Szene gesucht haben, und die BewohnerInnen, deren alltägliche Kiezinfrastruktur verschwindet. Wenn wir diese stadtentwicklungsprägende Kraft des Tourismus nicht erkennen, wird der Kieztourismus seine eigene Grundlage zerstören.

Und damit würden wir nicht nur die Chance auf ein nachhaltiges Wachstum des Berlin-Tourismus verschenken, sondern uns auch um die Möglichkeit bringen, das Berlin-Gefühl, die besondere Toleranz und Offenheit gegenüber allen Lebensmodellen, zu exportieren. Denn wenn BesucherInnen von der Schwäbischen Alb oder aus dem Sauerland in den Kreuzberger Multi-Kulti-Kiezen erleben, wie bereichernd diese Mischung ist, und welches kreative Potential sich in den Freiräumen Neuköllns entfaltet, dann werden sie diese Erfahrungen mit nach Hause nehmen.

Tourismus nur als Wirtschaftsfaktor zu betrachten, wird dem Anspruch grüner Politik nicht gerecht. Wir haben auf der LDK letztes Jahr dank Nicole Ludwig und Johannes Novy bereits die Leitlinien einer grünen Tourismuspolitik beschlossen. Damit sind wir den anderen Parteien voraus. Diese Leitlinien übersetzen wir nun in konkrete Forderungen: Die Abgeordnetenhausfraktion hat einen Antrag gegen die Zweckentfremdung von Wohnungen eingebracht, um unter anderem die Umwandlung von Miet- in Ferienwohnungen zu verhindern. Zumindest diesen Aspekt will nun sogar die rot-rote Koalition übernehmen. Im Wahlprogramm fordern wir die Einführung einer Abgabe auf Hotel-Übernachtungen. Auch das ist richtig, denn die Bezirke müssen an dem Wachstum der Branche teilhaben. Auf Bezirksebene hat Friedrichshain-Kreuzberg begonnen, den Neubau von Hotels in Wohngebieten zu beschränken, um Konflikte um Lärm und Müll zu verhindern, bevor sie entstehen. Damit befinden wir uns auf dem richtigen Weg zu einem sozialen und nachhaltigen, also einem grüneren Großstadttourismus.

Der Autor ist im KV Friedrichshain-Kreuzberg aktiv

© giftgruen - photocase



EIN MODELLSPENDER

von Pola Böhm und Barbara Fischer

Zu Besuch in Lummerland

Besuch bei Hartmut Weidemann, 54, Eigentümer eines Fachgeschäfts für Modelleisenbahnen am Mierendorffplatz, Berlin-Wilmersdorf. Hier werden Kinder- und Väterträume wahr. Das Büro des langjährigen grünen Mitglieds gleicht einem Museum: nostalgisch anmutende Miniatureisenbahnen, Bahnhofsszenarien in Modell gegossen, Plüschteddybären und andere Kuriositäten wie das Blechschild des Bahnhofs Lummerland schmücken den Hinterraum des eigentümergeführten Ladens.

Der Inhaber, trotz Konjunkturkrise sehr geschäftig, nimmt sich gern Zeit für ein Gespräch mit uns. „Der Laden läuft – Sammeln und Spielen, diese Leidenschaften wollen eben befriedigt werden, auch wenn die Branche unter der Konjunkturkrise gelitten hat“, erklärt Hartmut Weidemann, der seine Leidenschaft zum Beruf gemacht hat.

Der ausgebildete Bankkaufmann kam 1976 von Hannover nach Berlin und überschreibt selbst seinen beruflichen Weg eher mit Zufall als mit Glück. Für reinen Pragmatismus stecke allerdings zu viel Herzblut in der Sache, räumt der Vater von sechs Kindern freimütig ein.

Ein Fast-Gründungsmitglied der Grünen
Der Unternehmer sieht sich als wohlwollender Mitläufer der Grünen. Schon 1981 ist er eingetreten. Damals wie heute bewegt ihn die große Frage der Atompolitik. Mit den Jahren ist aber auch die Alltagspolitik wichtiger geworden. Im Gegensatz zur FDP, die nur Klientelpolitik für milliardenschwere Unternehmen betreibt, setzten sich die Grünen auch für Gewerbetreibende wie ihn ein und das sei auch für die Stadtentwicklung wichtig, unterstreicht Hartmut Weidemann. Gerade in Berlin seien es doch die kleinen und originellen Läden, die das Stadtbild positiv prägen und nicht die großen Ketten.

Wahlkampf und Werbung – beides kostet Geld

„Ist doch klar, dass Wahlkampf Geld kostet“, so die spontane Reaktion von Hartmut Weidemann. So einfach sei das eben: Wenn die Grünen hier in Berlin an die Regierung



„Ist doch klar, Wahlkampf kostet Geld!“

kommen wollten, müsse erst der Wahlkampf finanziell bestritten werden. „Und so lange mein Einkommen ausreicht, unterstütze ich das von ganzem Herzen. Ich selbst habe keine Zeit aktiv grüne Politik mitzugestalten. Als überzeugtes Mitglied möchte ich mich aber etwas tun. Spenden sind mein Beitrag zur grünen Sache“, sagt Hartmut Weidemann.

Sein Wunsch für ein grünes Berlin...

„...mehr Sicherheit und bessere Umgangsformen im Straßenverkehr – und zwar für alle. Im Moment schimpfen alle auf die Radfahrer, aber das sind ja nicht nur Rowdys.“ Spontan wünscht er sich eine aktive Radpolitik für Berlin. Und nach kurzem Nachdenken: Die kleineren Betriebe sollten von der Politik stärker gefördert werden, das sei effizienter als manche Millioneninvestition in Konzerne. „Da gibt es ja bereits sehr viel bürgerliches Engagement, wie zum Beispiel hier in Wilmersdorf das Netzwerk von Büro Blau oder die Unternehmerstammtische, wo ich auch selbst ab und zu dabei bin. Das muss alles nur besser miteinander verzahnt werden.“

Ein grünes Berlin – das ist für ihn eine Stadt, in der die Leute aufeinander und auf ihre Umwelt Rücksicht nehmen: fahrradfreundlich, kiezbezogen, mit vielen kleinen Geschäften und Gewerbetreibenden, die von ihrem Einkommen leben können. „Damit all die charmanten und teilweise kuriosen Eigenheiten Berlins erhalten bleiben.“ Hartmut Weidemanns Augen strahlen und man sieht, dass ihm diese Stadt so richtig ans Herz gewachsen ist.

Die beiden Autorinnen sind Mitarbeiterinnen des Landesverbands

FLUNDERN DER GROSSSTADT

von Tilo Fuchs

In den Achtzigern schrieb ein gewisser Wulf Schönbohm (ja, das ist der kleine Bruder des Innensenators mittelmäßig seligen Angedenkens) ein Buch über die CDU: „Die CDU wird moderne Volkspartei“. Höchst instruktiv, intelligent analysiert und faktenreich, und auch nachträglich kein Problem mit der wissenschaftlichen Originalität. Das Beste für die Union: Der Inhalt gab die Realität gut wieder, aus dem Club der anonymen Adenauer-Verehrer und aus dem Kanzlerwahlverein war Zug um Zug eine schlagkräftige Organisation geworden.

Wie das so ist in der Politik, hat man was erreicht, macht man sich auf zum nächsten Ziel. Modern wollte man bleiben, Volkspartei sicher auch, aber nach einem guten Jahrzehnt des behaglichen Regierens wollte die CDU dann auch in der Spezialdisziplin Urbanität endlich deutscher Meister werden. Geboren war die „Moderne Großstadtpartei“.

Die Heroen dieser Spielart modernsten Konservatismus kamen, wie sollte es auch anders sein, aus den Stadtstaaten. In Hamburg ging Ole von Beust gleich noch mit der Geschmacksrichtung „liberal“ auf den Markt, in Bremen (auch das ist ja eine Großstadt, so groß wie Neukölln und Reinickendorf zusammen) waren es von Neumann bis Eckhoff gleich mehrere Herren, die sich am Projekt Modernisierung versuchten.

Die hanseatische Seite ist schnell erzählt: An der Weser bedeutete Moderne vor allem Minimalismus, unter wechselnder Führung reduzierte die Union ihre Wahlergebnisse immer weiter und muss nun fürchten, dass aus Moderne irgendwann wieder Tradition wird, und die Ergebnisse aus den Fünfzigerjahren wieder kommen, als man zumeist die Zweistelligkeit erreichte.

Die Hamburger Interpretation war differenzierter. In einer postmodernen Re-Interpretation von Liberalität koalierte man mit den stramm-dumpfen Schillisten, schwang sich sodann zur Alleinregierung auf und startete endlich das Projekt Schwarz-Grün. Der CDU-Projektleiter war vom Ergebnis so begeistert, dass er vor Freude zurücktrat und das Feld wieder den eher altbackenen (weniger modernen) Parteifreunden überließ: Und schon war der Sieg vom CDU-Traditionalistenclub für die SPD erkämpft.

Bleibt Berlin. Hier begann man gleich ganz modern und erlöste mit Richard von Weizsäcker die miefig-piefig-skandalöse SPD endlich von der ewigen Regierungsverantwortung. Doch die Moderne dauerte nicht lange, was schade ist, denn nach Heinrich Lummer wäre sie ja vielleicht irgendwann sogar liberal geworden. Weizsäcker wurde Präsident, Diepgen Regierender und aus der modernen Großstadtpartei wieder nichts. Da halfen dann auch Wahlplakate mit Joggingsschuhen wenig.

Geschichte wiederholt sich bekanntlich als Farce, weswegen zunächst eine Neuauflage des „Alle Wege des Kommunismus führen nach Moskau“-Wahlkampfes aufgeführt wurde, angeführt von einem Kandidaten der München und Berlin nicht recht unterscheiden konnte, aber ohne jeden Anspruch von Urbanität auskam.

Die suchte uns erst wieder – zweite Wiederholung – in Gestalt des Kandidaten Pflüger heim. Vormalig Mitarbeiter im Stab des Richard von Weizsäcker, war er von Moderne und Weltläufigkeit schier durchströmt. Aber auch sein kosmopolitisches Sensationsbewusstsein kollidierte schmerzhaft mit den Berliner Realitäten.

In einem überlieferten Dialog mit dem Regierenden tat Pflüger kund, dass doch der Bürgermeister einer Weltstadt auch mal woanders als in eben dieser gelebt haben müsse. Denklogisch schon anspruchsvoll war dem Regierenden diese unpatriotische Aussage dann doch eins zu viel. Sein Konter - „Wenn ick in Hannover jeboren worden wär, hätt' ick ooch mal woanders jelebt“. Der Berliner goutierte, Pflüger nahm sein Ergebnis zur Kenntnis und ging woanders modernisieren.

Frank Henkel scheint noch nicht recht entschlossen zu sein, wie er Moderne interpretieren will. Seine Selbstwahrnehmung als Hausmeister Berlins, der mal aufräumen will, entspricht zwar der modernen Dienstleistungsorientierung. Aber seine Positionierung auf der Urbanitätsskala ist fraglich.

Vielleicht auch besser so, denn eines lehrt der historische Abriss: Redet die CDU von moderner Großstadt, haben Wetten auf Ergebnisse über 25 Prozent sehr gute Quoten.

Der Autor ist Mitglied des Landesvorstands

NACHRUF FÜR ANNE KLEIN

Wir trauern um Anne Klein. Anne war für uns in den Jahren 1989 bis 1990 Senatorin im ersten rot-grünen Senat. Zu dem Zeitpunkt eilte Anne schon der Ruf voraus, eine engagierte und kämpferische Feministin und Anwältin zu sein.

Einige Jahre zuvor hatte Waltraud Schoppe sie sofort in die Bundestagsfraktion geholt, wo Anne Klein einige Jahre für Waltraud Schoppe arbeitete und sich noch in ihren Monaten begeistert an die Diskussionen und Ideen mit Waltraud Schoppe, Petra Kelly, Regina Michalik und anderen erinnerte.

Sie entwarf mit anderen den ersten Entwurf eines Antidiskriminierungsgesetzes, dass sie auf Landesebene in Berlin gleich umzusetzen begann. Unvergessen ist die bundesweit erste Einrichtung eines Referats für gleichgeschlechtliche Lebensweisen. Mit diesen Maßnahmen und vielen anderen Aktionen und mit ihrem Engagement hat sie uns alle beeindruckt.

Eines hat sie uns auch gezeigt: dass man trotz aller Kämpfe fröhlich sein kann und seine Freundschaften pflegen muss.

Wir vermissen Dich schon. Danke Dir, liebe Anne.

Renate Künast



Sybille Volkholz,
Anne Klein und
Michael Schreyer



© Andreas Schoelzel



TERMINE

Di, 21.6., 18 Uhr

"Dialog mit der Politik - Wirtschaftspolitik im Berliner-Wahljahr 2011", Marzahn-Hellersdorfer Wirtschaftskreis e.V.
Diskussion mit Renate Künast, Frank Henkel (CDU), Frank Jahnke (SPD), Dr. Jens-Peter Heuer (Linke), Sebastian Czaja (FDP)

Schloss Biesdorf, Alt Biesdorf 55, Berlin

Mi, 22.6., 18 Uhr

Perpektiven und Herausforderungen von Nachhaltigkeit und Klimaschutz in Berlin
Vortrag Renate Künast, mit anschl. Diskussion
FU Hochschultage Nachhaltigkeit + Klimaschutz

FU, Hörsaal 1A

25.6.

Sonder-BDK in Berlin

25.6., 12 Uhr

CSD Berlin

27.6., 18 Uhr

Strategien für die Metropole Berlin- Eine Stadt für alle!
Ringvorlesung OSI-Club Medien, Macht und Metropolen
Vortrag Renate Künast, mit anschl. Diskussion

Hörsaal A, Ihnestr. 21

29.6., 16:30 Uhr

Be Berlin! Politische Partizipation von Migranten in der Hauptstadt
Heinrich-Böll-Stiftung
mit Renate Künast, Günther Pieping, Safer Cinar (DGB) und Dr. Karen Schönwälder (Max Planck)

HBS, Schumannstr. 8

30.6., 19:30 Uhr

Green New Deal für Berlin
Steglitz-Zehlendorfer Wirtschaftsgespräche
mit Renate Künast
Wrangelschlösschen am Rathaus Steglitz

Impressum: Stachlige Argumente 33. Jahrgang Heft 2/2011 Nr. 182
Herausgeber: Bündnis 90/Die Grünen Landesverband Berlin
Redaktion (V.i.S.d.P): Ulrike Bürgel (ub), Oliver Münchhoff (om), Astrid Schmutte (as), Ronald Wenke (rw)
Freie Mitarbeiter_innen: Christine Dörner, Arne Haeger, Katrin Langenbein, Amaro Piñas Müller, Sebastian Wanner
Chef vom Dienst: Oliver Münchhoff • Lektorat: Amaro Piñas Müller
Bildredaktion: Oliver Münchhoff

Freie Mitarbeit ist jederzeit möglich, bitte einfach zu den Redaktions Sitzungen kommen (i.d.R. Montags, 18:30 Uhr)
Leserbriefe per e-mail: stachlige.argumente@gruene-berlin.de
Redaktionsanschrift: Kommandantenstrasse 80, 10117 Berlin • fon: 615 005 0 (Zentrale)
Wir bitten, die Beiträge per e-mail an uns zu senden

Satz/Layout: Stephanie Weyl • Druck: Oktoberdruck
Bezug: Die Stachligen Argumente erscheinen viermal jährlich.
Der Preis ist für Mitglieder im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder: Spende von 2,10 Euro erwünscht
Postgirokonto Berlin Nr. 524 66 - 103, BLZ 100 100 00 • Gedruckt auf 100% Recyclingpapier
Die einzelnen Beiträge geben die Meinung der jeweiligen Verfasser wieder und nicht notwendiger Weise der Redaktion

JEDEN TAG
1 EURO
VON DIR



DEIN EURO BEWEGT BERLIN.

ONLINE SPENDEN UNTER
WWW.GRUENE-BERLIN.DE SPENDEN



BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN